

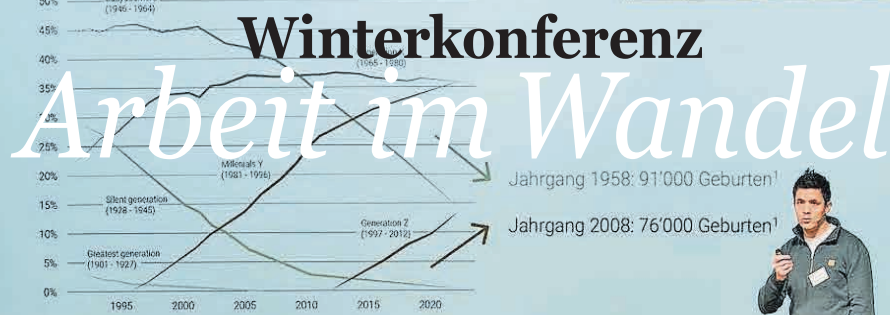
Zürich, im Januar 2024



Zürcher Wirtschaft

Fokus: Energie
Und: Nachhaltigkeit

Flughafen-CEO Lukas Brosi über die Zahlen nach Corona, Pisten und Nachhaltigkeit. **12/13**



Die Frage polarisiert – bei Ökonomen, in der Politik, aber auch in Gewerbekreisen: Wie soll das Rahmenabkommen, das neu verhandelt wird, aussehen? An der 74. Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters wurde das Thema emotional diskutiert. Ausserdem waren die Generation Z, die neue Arbeitswelt und der Fachkräftemangel wiederkehrende Themen.

Bild Iris Andermatt

Anzeige

Erdbau.
Eberhard
Pioniere in Bau und Umwelt

Was ist umweltfreundlicher: Der Kauf online oder physisch im Laden? **4**

Viertagewoche: Nicht alle sind so überzeugt wie der Unternehmer Christof Hasler. **6/7**

Viele Banken geben vor, nachhaltig zu wirtschaften. Doch was heisst das genau? **10/11**

Uferinitiative, Anti-Chaoten-Initiative, Renteninitiative, Pistenverlängerungen: Die Abstimmungen. **15-19**

Ratgeber Recht: Das Bauhandwerkerpfandrecht. **23**

Zitat des Monats
«Zuwanderung bringt Vitamin 3B: Budget, Bedeutung, Boni».
Reiner Eichenberger, Ökonom

Anzeige

BusPro
Das Business-Programm
BusPro ist Kunden- und Lieferanteninfo, Auftrag, Lager, Buchhaltung, Lohn
www.buspro.ch

Sie lieben was Sie tun? Wir auch. Zusammen immer besser.

Mehr auf zkb.ch/kmu-gruenden



 **Zürcher Kantonalbank**

INHALT

Im Brennpunkt

Onlineshopping: Konsumwahnsinn oder nachhaltige Alternative?	4
Meilenstein der Nachhaltigkeit	5
«Die Vorbehalte waren gross»	12
«Gesetzliche 4-Tage-Woche keine Lösung»	12
KMU-Date in der Brühlgutstiftung	14
Banken und Nachhaltigkeit	10
«Menschen wollen wieder reisen»	12
Uferinitiative: Viele Nachteile	15

Politik & Wirtschaft

Demos belasten das Gewerbe	16
Warum es Pistenverlängerungen braucht	17
Nein zu einer 13. AHV-Rente	18
«Die erste Säule steht vor dem Ruin»	18

Verbände

Winterkonferenz: EU, Arbeitsmarkt und Gen Z	16
---	----

Ratgeber

Bauhandwerkerpfandrecht	23
-------------------------	----

Aktuell

Wirtschaftsausblick 2024	24
Raus aus der Komfortzone	21

Kolumnen

Sauter sagt's	14
Der Wadenbeisser	26
Ludwig Hasler	25

Publireport

Energie-Contracting: Raum für Innovation	8
Einfach. Nah. Valiant.	18

Wunschkonzert

Seit 1946 sendet Radio SRF das Wunschkonzert. Man wünscht einen Musiktitel und er wird gespielt. Oder auch nicht. Was aber seit 78 Jahren immer gleich ist: Es kostet nichts. Gut, man könnte die SRF-Gebühr nehmen, aber dieses Thema bearbeiten wir dann später in diesem Jahr. Was bei diesem harmlosen Vergnügen gang und gäbe ist, nimmt in der Politik mittlerweile mehr Platz ein, als uns lieb sein kann. Und da, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es definitiv vorbei mit harmlos!



Werner Scherrer
Präsident KGV

Immer öfter werden durch egoistische Zauberlehrlinge lustige Ideen in den politischen Prozess gebracht. Die logische Konsequenz wird dabei aber gerne vergessen: Wer bestellt muss, anders als beim SRF, auch bezahlen. *Alles* hat ein Preisschild und die wichtigste Frage ist wie im richtigen Leben: Wieviel kostet es tatsächlich und wer soll es bezahlen? Lassen wir uns nicht von schönen Verpackungen und gluschtigen Wünschen blenden. Wir müssen diese Frage immer wieder stellen, weil speziell die KMU als Mittelstand schlussendlich diejenigen sind, die zur Kasse gebeten werden.

Liebes Wunschkonzert!

«Ich wünsche mir eine 13. AHV-Rente». Mehr Geld möchte sicher jeder von uns bekommen. Wenn dieses Geld wie Manna vom Himmel regnen würde, wäre das ein hervorragender Vorschlag. Aber wenn wir die zwingende Frage stellen – wieviel und wer? – sieht es düster aus. Aktuell werden gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen für AHV-Renten knappe 50 Milliarden Franken jährlich ausbezahlt. Bei einer 13. Rente wären das

zusätzliche 4 000 000 000 Franken. Und das bei einem Sozialwerk, das seit Jahrzehnten am Krückstock geht und nicht wirklich im Geld schwimmt. Zweiter Teil der Frage: Wer zahlt? Wir alle! Also eine unbrauchbare Idee...

«Ich wünsche mir eine **auto-freie Altstadt**». In Bülach fand ein Bewohner, dass das doch nett wäre. Schliesslich ärgert er sich sicher 2 bis 3 Mal im Jahr, wenn in einer bereits bestehenden Begegnungszone (sprich: durchgehende Fläche, max. 20 km/h) ein bisschen Rücksicht gegenüber Autofahrenden gefragt wäre. Ich bilde mir nicht ein, dass sich die

ganze Welt für Bülach interessiert. Aber das Beispiel zeigt, dass ein problemlos funktionierendes System ohne einen Gedanken an die wirklichen Auswirkungen aus schlichtem Egoismus gefährdet werden kann. «Wieviel» und «wer» lässt sich hier nicht so gut beantworten. Die Beispiele von verkehrsberuhigten Städten, die langsam aussterben und durch öffentliches Geld wiederbelebt werden müssen, zeigen: unbrauchbare Idee...

Neue Spielregeln auch für KMU

«Ich wünsche mir einen **sicheren und pünktlichen Flughafen Zürich**». Dieser Wunsch ist sicher sinnvoll. Und, ich mache es kurz, die nunmehr bekannte Frage nach wieviel und wer ist einfach zu beantworten. Wieviel: 250 Mio. Franken. Wer: Der Flughafen als gemischtwirtschaftliches, börsenkotiertes Unternehmen finanziert diesen Ausbau selbst aus den Flughafengebühren. So lobe ich es mir, denn so steht dem Wünschen absolut nichts im Weg. Und darum kann ich am 3. März problemlos hinter diesem Vorhaben stehen!

Anzeigen

Ihr zuverlässiger Partner für Bauprojekte



J. Wiederkehr AG
Bauunternehmung
Dietikon

Tel. 044 744 59 79
www.wiederkehr-dietikon.ch
info@wiederkehr-dietikon.ch

VERLUSTE VERMEIDET MAN ONLINE

Creditreform Egeli Zürich AG
Binzmühlestrasse 13, 8050 Zurich
info@zuerich.creditreform.ch
Tel. +41 44 307 80 80
www.crediweb.ch

Creditreform

IT in die Cloud auslagern?

- ✓ Effizienter Arbeiten
- ✓ Zugriff von überall
- ✓ Keine Ausfälle mehr

ServerBase
We keep IT online
serverbase.ch/outsourcing

Statt deponieren, recyceln!

toggenburger.ch/umwelttechnik

Onlineshopping: Konsumwahnsinn oder nachhaltige Alternative?

Die Wahl zwischen Online- und Offline-Einkauf ist für die Umwelt letztendlich nicht ausschlaggebend; entscheidend ist vielmehr das individuelle Konsumverhalten.

Gerold Brütsch-Prévôt

Die «Handelszeitung» geht mit dem Black Friday Ende November des vergangenen Jahres hart ins Gericht: «Konsumwahnsinn», titelt sie und führt dafür auch gleich die Argumente auf. Die Shopping-Gier veranlasse uns oft dazu, Spontankäufe zu tätigen und Dinge zu kaufen, für die wir gar keinen Bedarf hätten und deshalb früher oder später im Abfall landeten. Vor allem Online-Einkäufe seien kritisch für das Klima, weil sie hohe CO₂-Emissionen verursachen. So seien während der Black-Friday-Woche 2022 schätzungsweise 1,2 Millionen Tonnen CO₂ allein durch Lastwagen-Transporte in Europa freigesetzt – 94 Prozent mehr als in einer durchschnittlichen Woche. Der Black Friday löst heutzutage keine Anstürme im stationären mehr Handel aus, sondern spielt sich vorwiegend per Mausclick ab.

Versandhandel effizienter?

Dass der Onlinehandel den Konsum anheize und hohe CO₂-Emissionen verursache, sei durch Studien längst widerlegt, sagt Tobias Billeter, Head of Corporate Communications bei Digitec Galaxus. «Der stationäre Handel hört es zwar nicht gerne, doch der Versandhandel ist aus Klimasicht effizienter.»

Das belege eine Untersuchung des Freiburger Öko-Instituts, die zwar nicht mehr ganz aktuell, aber dennoch eine gute Vergleichsbasis sei. Darin wurden die Emissionen verglichen, die beim Kauf von Schuhen entstehen. Diesem konkreten Fall aus der Praxis zufolge verursache der Schuhkauf im stationären Handel doppelt so viel CO₂ wie der Onlineeinkauf. Grund



Kaum vergleichbare Studien: Über den ökologischen Fussabdruck von Online-Shopping lässt sich streiten. Bild shutterstock.

dafür sei vor allem der Stromverbrauch in den Geschäften. Die Retourenflut – das grosse Problem des Onlinehandels – ist in dieser Kostenzusammenstellung allerdings nicht berücksichtigt.

«Wie auch immer, wir können den Konsumentinnen und Konsumenten schlussendlich ja nicht vorschreiben, wie und wo sie einzukaufen haben», sagt Billeter. Online oder offline sei dem Klima egal – viel entscheidender hingegen sei, was und wie konsumiert würde.

Konsumverhalten entscheidend

Tatsächlich ist das Konsumverhalten wohl der grössere Treiber, wenn es darum geht, die Nachhaltigkeit eines gekauften Artikels über alles zu beurteilen. Zudem besagt eine Studie des Umweltbundesamts (UBA) in Deutschland, dass der Anteil von Transport und Handel eines Produkts nur zwischen einem und zehn Prozent liege. Umwelteinwirkungen werden entlang des Lebensweges eines Produktes verursacht – also von der Herstellung, der Distribution, der Nutzung bis hin zur Entsorgung. Dazu kommen

die jeweiligen vor- und nachgelagerten Prozesse. Das heisst, dass bereits vor der Produktion die Gewinnung von Rohstoffen und deren Umweltauswirkungen in die Öko-Bilanz aufgenommen werden müssten.

Das Beste ist das Neueste

Ein verbreitetes Beispiel für nicht-nachhaltiges Konsumverhalten ist der ständige Drang, immer das neueste Produkt zu besitzen, sei es ein Smartphone, ein Modell von elektronischen Geräten oder Modeartikel. Dies führt dazu, dass Produkte oft ersetzt werden, obwohl sie noch funktionsfähig sind. Das ist schlecht für die Umwelt.

Ärgerlich für den stationären Fachhandel ist im Zusammenhang mit dem Onlineshopping der Beratungsklaus. Skrupellos lässt man sich heutzutage im Laden vom ausgebildeten Personal beraten, um den Artikel anschliessend als Schnäppchen im Internet zu kaufen. Probiert den Laufschuh unter fachkundiger Anleitung, um ihn dann beim günstigsten Anbieter online zu bestellen. Kurvt mit dem Kinderwagen im Fachgeschäft herum, um ihn dann vom

Internethändler per Mausclick portofrei ins Haus liefern zu lassen. Lässt sich im Reisebüro eine Fernreise ausbrüten und bucht diese dann direkt beim Tour Operator im Reiseland.

Beratungsklaus geht um

Den Beratungsklaus kennt auch Hans-Peter Waller vom gleichnamigen Zweirad-Center in Uster. «Früher hatten wir Kinderanhänger da, damit wir diese vor Ort den Eltern vorführen und diese fachmännisch beraten konnten», sagt er. Nicht wenige hätten sich für die Beratung bedankt und seien ein paar Tage später mit einem billigeren Modell von der Konkurrenz oder aus dem Internet an ihrem Schaufenster vorbeigeradelt. Von schlechtem Gewissen keine Spur. Die Devise des Fachgeschäfts, das bereits in der dritten Generation geführt wird: «Verkaufen kann letztlich jeder. Bei uns erhält man dazu die professionelle Beratung und nach dem Kauf den Service und, wenn nötig, führen wir auch Reparaturen aus». Und das sei letztendlich das Erfolgsrezept und führe zu einer treuen Stammkundschaft. Es ist für den Fachhandel zu hoffen, dass diese Rechnung aufgeht.

Nachhaltige Pizzalieferung

Und wie nachhaltig ist es eigentlich, wenn man sich die Pizza via Online-Shop ins Haus liefern lässt? Genau beziffern könne man das nicht, meint Marko Jovanovic, Inhaber des Restaurants Il Basilico, der von zwei Zürcher Standorten aus auch Pizzas und andere italienische Gerichte ins Haus liefert. «Aber wenn wir 300 Pizzen pro Abend ausliefern und dem gegenüberstellt, dass dafür in den Haushalten 300 einzelne Backöfen auf 180 Grad aufgeheizt werden müssten, könnte die Rechnung doch recht positiv aussehen», meint er. Zudem plane er die Touren nachhaltig von zwei Standorten aus, verwende abbaubaren Karton und habe bereits sechs Elektro-Scooter im Einsatz.

Circle: Meilenstein der Nachhaltigkeit

Das Vorzeigeprojekt nachhaltigen Bauens am Flughafen Zürich steht für modernste Gebäudetechnik.

Gerold Brütsch-Prévôt

Bereits in der Projektphase des Circles vor mehr als 15 Jahren, wurde Nachhaltigkeit als ehrgeiziges Ziel definiert und auf der seinerzeit grössten Baustelle der Schweiz dann auch entsprechend umgesetzt. So setzt das im November 2020 eröffnete Gebäude nach einer fünfjährigen Bauzeit denn auch neue Massstäbe, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Aber auch architektonisch wurde das riesige Gebäude mit einer Gesamtfläche von 180 000 m² nicht einfach hingeklotzt, sondern als verbindendes Element zum Flughafen und öffnend gegen die angrenzende Grünfläche gestaltet.

Ortsunkundige erwarten ein paar wenige Gehminuten vom lauten Flughafen entfernt kaum einen idyllischen Park. Doch vom mondänen Circle aus kann man sich mit der Parkbahn, einer rund 80 Meter langen Standseilbahn, direkt in die Natur hochfahren lassen. Der bestehende Wald, die Wiesen und Feuchtgebiete wurden dafür reaktiviert und 80 000 m² davon geschützt der Natur überlassen. Die Wege sind so angelegt, dass die Besucher und Besucherinnen die Flächen auch in Ruhe lassen.

Ein Gebot der Stunde

Angesichts der Tatsache, dass in der Schweiz der Gebäudepark für 40 Prozent des Energieverbrauchs und damit für rund ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich ist, setzt der Circle ein bedeutendes Zeichen. Eine Million Häuser sind nicht oder kaum gedämmt und damit energetisch dringend sanierungsbedürftig. Zudem werden zwei Drittel der Gebäude heute noch immer fossil oder konventionell elektrisch beheizt. So ist es ein Gebot der Stunde, wenigstens neue Gebäude auf Basis der höchsten Standards der Gebäudetechnik zu planen und zu bauen.



Der Circle am Flughafen Zürich: Nachhaltigkeit wird grossgeschrieben. Bild PD

Die Versorgung des Circles mit Wärme und Kälte erfolgt via Energiepfähle über die Erde als Speicher. «Die Wärme und Kälte sämtlicher Gebäude werden zentral von reversiblen Wärmepumpen produziert. An warmen Tagen wird die Abwärme aus der Kälteproduktion genutzt, um die Energiepfähle zu laden», erklärt Dominik Zimmermann, Leiter Energie 2040 der Flughafen Zürich AG. Mit der gespeicherten Wärme könne dadurch an kalten Tagen das Gebäude geheizt werden. Die Fotovoltaikanlagen auf den Gebäudedächern decken rund zwei bis drei Prozent des Strombedarfs ab. Das gesamte Flughafensystem bezieht, Stand 2022, den Strom von den Industriellen Betrieben Kloten mit 30.6 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien.

LEED-Zertifizierungssystem

Die Verleihung des LEED-Platinum-Zertifikates ist sozusagen der Ritterschlag für ein Gebäude und damit die höchste Auszeichnung, die im Bereich Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Sie bewertet Gebäude aufgrund verschiedener Kriterien aufgrund der Energieeffizienz, Wassereffizienz, Ressourcennutzung, Raumluft-

qualität, nachhaltige Materialien und Innovation. «LEED ist ein Zertifizierungssystem, das aus dem amerikanischen Raum stammt. Daraus haben sich für die Zertifizierung des Circle verschiedene Massnahmen als sehr herausfordernd erwiesen», sagt Dominik Zimmermann dazu.

Grösstes LEED-Platin-Gebäude

Dazu gehörten unter anderem, die geltenden schweizerischen Vorgaben, beispielsweise aus den SIA-Normen oder den MINERGIE-Anforderungen, mit den Vorgaben von LEED in Übereinstimmung zu bringen. Das sei besonders bei den Lüftungsanlagen nicht ganz einfach gewesen. Auch die Grösse und Komplexität des Circle erwies sich oft als eine Herausforderung, die lange Lüftungsleitungen mit hohen Luftvolumen erforderte. Besondere Massnahmen waren auch erforderlich für die Einhaltung der Qualität der Kältemittel oder der Klebstoffe.

Neben der Nachhaltigkeit, dass also ein hoher Anteil an erneuerbarer Energie über Erdsonden und Photovoltaikanlagen erzeugt wird, steht bei der Minergie-Zertifizierung auch der Wohn-

und Arbeitskomfort im Zentrum. Dieser wird durch eine hochwertige Gebäudehülle und eine systematische Lüfterneuerung erreicht. Auch diese Anforderung hat der Circle erfüllt.

Wirtschaftlich gut unterwegs

Der Circle hat sich zu einer guten Business- und Dienstleistungs-Adresse mit namhaften internationalen und nationalen Unternehmen entwickelt. Besonders das Hotel- und Convention-Geschäft und das Gesundheitsangebot haben sich sehr gut etabliert. Das Universitätsspital Flughafen bietet ein breites Spektrum an medizinischen Dienstleistungen an. Im Convention Center finden Kongresse für bis zu 2'500 Gäste statt. Zum Angebot gehören ausserdem Shops, Coworking Spaces, ein Fitness-Center oder eine Kita.

Insgesamt liegt die Vermietungsquote aktuell bei rund 90 Prozent. Die für die Gastronomie vorgesehene Fläche ist sogar vollständig vermietet. Realisiert wurde das Projekt durch eine Miteigentümergeinschaft, woran die Flughafen Zürich AG mit 51 Prozent und die Swiss Life AG mit 49 Prozent beteiligt sind.

«Die Vorbehalte waren gross»

Weniger arbeiten bei gleichem Lohn – was nach Wunschdenken klingt, könnte ein Modell der Zukunft sein. Davon ist auch der Unternehmer Christof Hasler überzeugt. Seit einem Jahr testet sein KMU die 4-Tage-Woche.

Interview

Anna Birkenmeier

Die 4-Tage-Woche setzt sich in immer mehr Ländern durch: so zeigen etwa internationale Pilotprojekte aus Island, Japan und Grossbritannien, dass sich die 4-Tage-Woche sowohl für Unternehmen wie auch für Mitarbeitende gleichermaßen lohnt. Mitarbeitende haben eine bessere Work-Life-Balance, sind zufriedener und weniger krank. Dass sich zufriedene und gesunde Arbeitnehmende wiederum positiv auf die Produktivität eines Unternehmens auswirken, ist bekannt. In der Schweiz ist die 4-Tage-Woche bislang eher ein Randphänomen, obschon sie von immer mehr Spitälern und Unternehmen getestet wird. So etwa vom Familienunternehmen Hasler + Co AG in Winterthur, das in der Eisenwaren- und Werkzeugbranche tätig ist.

Herr Hasler, Sie haben 2023 die 4-Tage-Woche eingeführt. Wie ist die Idee dazu entstanden?

Christof Hasler: In der Umgebung gab es bereits Handwerks- und Gastrobetriebe, welche die 4-Tage-Woche eingeführt hatten. Ihre Schilderungen waren durchwegs positiv und haben uns neugierig gemacht. Auch wir spürten schliesslich den Fachkräftemangel und konnten Stellen nicht mehr so einfach besetzen – Vakanzbestände bis zu 18 Monate. In der Geschäftsleitung wurde das in der Folge sehr kontrovers diskutiert: von «ist doch nicht finanzierbar» bis «geht doch nicht, bei einem Geschäft, das 6 Tage geöffnet ist». Die Vorbehalte waren gross.

Weshalb haben Sie sich dennoch an das Projekt gewagt?

Hasler: Wir haben das Projekt durchgerechnet, auf seine Machbarkeit überprüft und uns dann entschlossen, dieses als «Pilotprojekt» fürs Jahr 2023 zu testen. Um das Projekt laufend messen zu können, haben wir gewisse



«Vorbehalte waren gross»: Geschäftsführer Christof Hasler will nach einem Versuch die Viertagewoche einführen. PD

Eckwerte klar definiert. Dazu gehört etwa, dass nur ausgelernte Verkaufsmitarbeitende für die 4-Tage-Woche vorgesehen sind.

Welche Reaktionen haben Sie von Ihren Mitarbeitenden auf die Idee bekommen?

Hasler: Grundsätzlich standen die «betroffenen» 20 Mitarbeitenden dem Projekt von Anfang an positiv gegenüber. Anstelle von den bislang 42,5 Stunden arbeiten sie nun an vier Tagen 38 Stunden. Täglich von 7 bis 12 und von 13 bis 18 Uhr mit zweimal 15 Minuten Pause. Alle drei Monate ziehen wir seither Zwischenbilanz und bekommen unterschiedliche Rückmeldungen. Die jüngeren Mitarbeitenden finden es «cool», die Älteren berichten uns, dass die langen Arbeitstage für sie anstrengender sind und sie mehr Erholung brauchen. Dennoch sind sich alle einig, dass es eine gute Sache ist.

Ihre Mitarbeitenden arbeiten nun deutlich weniger, erhalten aber den vollen 100 Prozent Lohn. Wie passt das aus wirtschaftlicher Sicht zusammen?

Hasler: Ich kann vorweg sagen – es passt. Im Verkauf gibt es Zeiten, in denen man eine tiefere Kundenfrequenz hat. Diese Rand-

zeiten werden heute viel besser genutzt und mit Tätigkeiten gefüllt, die früher in den zusätzlichen Arbeitsstunden erledigt wurden. Wir haben die unproduktive Zeit aus dem System genommen. Für uns geht es finanziell auf, weil wir nicht mehr Mitarbeitende benötigen und die gleiche Lohnsumme behalten können.

Mit welchen Herausforderungen sehen Sie sich konfrontiert?

Hasler: Für das Kader ist es sicherlich eine Herausforderung, dass sie die Organisation flexibel gestalten und Mitarbeitende auch in anderen Abteilungen einsetzen. So müssen etwa Randzeiten durch Auffüll-/Reinigungsarbeiten oder auch für kurze Ausbildungssequenzen genutzt werden. Dafür entfällt die Planung von Schichtarbeiten, da jeweils alle Mitarbeitenden den ganzen Tag anwesend sind.

Sie haben das Projekt nun ein Jahr getestet. Wie geht es weiter?

Hasler: Das Projekt läuft im nächsten Jahr weiter und wird auf andere Abteilungen ausgeweitet, sofern die Arbeiten mit dem gleichen Personalbestand ausgeführt werden könne. Ich bin überzeugt, dass man als Unternehmen

offen sein muss für neue Arbeitsmodelle und auf die Bedürfnisse der Arbeitgebenden bestmöglich eingehen sollte. Dabei darf die Wirtschaftlichkeit natürlich nicht ausser Acht gelassen werden. Für uns ist die 4-Tage-Woche langfristig finanzierbar. Zugleich konnten wir Stellen im Verkauf schneller besetzen. ■

INFO

4-Tage-Woche: Modelle

Gleichbleibende Wochenarbeitszeit, weniger Arbeitstage:

Wenn Arbeitnehmer 38 Stunden in der Woche arbeiten, werden die Stunden auf vier Arbeitstage verteilt. So entstehen vier Arbeitstage mit je 9,5 Arbeitsstunden. **Weniger Arbeitsstunden bei weniger Gehalt an vier Arbeitstagen:** Gehalt wird entsprechend der Arbeitszeit reduziert. **Weniger Arbeitsstunden bei gleichem Gehalt an vier Arbeitstagen:** Der 100-80-100-Ansatz sieht vor, dass für 80% der Arbeitszeit 100% des Gehalts ausgezahlt werden, die erwartete Produktivität jedoch weiterhin bei 100% liegt.

«Gesetzliche 4-Tage-Woche keine Lösung»

Trotz positivem Fazit verschiedener KMU, welche die 4-Tage-Woche getestet haben, ist es unwahrscheinlich, dass sich diese auf breiter Ebene durchsetzen wird. Für grössere Unternehmen ist sie derzeit kaum ein Thema.

Anna Birkenmeier

Auch wenn die 4-Tage Woche in zahlreichen KMU auf positives Echo stossen mag, so bleibt doch unwahrscheinlich, dass sie sich breitflächig durchsetzen wird. Grosse Unternehmen wie die SBB, die Migros oder die Post wollen von einer Vier-Tage-Woche zurzeit nichts wissen, wie die Unternehmen auf Anfrage erklären. Vielmehr wird auf die bereits existierenden Arbeitsmodelle sowie die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit verwiesen. So schreibt etwa die Migros: «Die 4-Tage-Woche bei reduzierten Stunden und 100 Prozent Lohn ist aktuell kein Thema bei uns. Wir prüfen aber gegenwärtig die Machbarkeit der 4-Tage-Woche (Flexibilisierung der Arbeitsmodelle) in diversen Pilotbetrieben der Migros-Gruppe.» Auch für die SBB sei eine 4-Tage Woche kein Thema, wie Mediensprecher Martin Meier sagt: «Unsere Züge fahren an sieben Tagen pro Woche, deshalb ist bei uns eine 4-Tage-Woche nicht umsetzbar». Zugleich geht aber auch die SBB auf die veränderten Bedürfnisse ihrer Mitarbeitenden ein, fördert die Teilzeitarbeit und schreiben die meisten Stellen in einem 60- bis 100-Prozent-Pensum aus. Die Post wiederum betont, dass die meisten ihrer rund 47000 Mitarbeitenden dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt

sind, der durch die Sozialpartner ausgehandelt wird. Auch sie würden zwar laufend den Arbeitsmarkt beobachten und neue, innovative Arbeitsmodelle prüfen, aber: «Eine 4-Tage-Woche ist auch bei uns derzeit kein Thema».

Arbeitgeberverband dagegen

Und, welche Haltung hat der Arbeitgeberverband zur 4-Tage-Woche? Dazu Stefan Heini vom Arbeitgeberverband: «Grundsätzlich steht es jeder Person offen, Teilzeit zu arbeiten, und es ist auch den Unternehmen freigestellt,

«Unsere Züge fahren 7 Tage die Woche. Deshalb ist bei uns eine 4-Tage-Woche nicht umsetzbar.»

Martin Meier
Mediensprecher SBB

freiwillig eine 4-Tage-Woche einzuführen.» Eine gesetzlich verordnete Erwerbsarbeitszeit von vier Tagen pro Woche (und 8 bis 8,5 Stunden pro Tag) bei vollem Lohnausgleich für alle hätte jedoch eine massive Lohnhöhung für die Arbeitnehmenden zur Folge, ist der Arbeitgeberverband überzeugt. Diese höheren Lohnkosten würden einerseits viele Unternehmen stark unter Druck setzen, zugleich würden sie den bereits akuten Arbeitskräftemangel zusätz-

lich verschärfen. «Bereits heute haben viele Unternehmen Mühe, die benötigten Arbeitskräfte zu rekrutieren. Eine gesetzliche 4-Tage-Woche wie auch eine 35-Stundenwoche würde die Unternehmen zwingen, zusätzliches Personal einzustellen, was mit der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt ein äusserst schwieriges Unterfangen wäre», so Heini. Die Gefahr, dass Aufträge nicht fristgerecht oder gar nicht ausgeführt werden könnten, wäre entsprechend gross. Für den Arbeitgeberverband ist es daher klar, dass es individuelle Absprachen rund um das Pensum und die Teilzeitarbeit braucht – aber eine gesetzliche 4-Tage-Woche sei hier nicht die Lösung.

Arbeitnehmende

Anders sehen das viele Schweizer Arbeitnehmende: Eine Umfrage des Schweizer Marktforschungsinstituts Somota zeigt, dass es rund zwei Drittel der Befragten für eine gute Idee halten, die Arbeitswoche gesetzlich auf vier Tage zu verkürzen, wie es verschiedentlich in Europa diskutiert wird. Dies passt ins Bild von Arbeitnehmenden, die zunehmend weniger arbeiten möchten. So Betrug ein Vollzeitpensum 1991 im Durchschnitt noch 43,2 Stunden, 2019 waren es noch gut 41 Stunden. Und bezieht man die vielen Teilzeitbeschäftigten ein, ging die wöchentliche Arbeitszeit von 35,3 Stunden im Jahr

INFO

4-Tage-Woche weltweit

Weltweit gibt es Bestrebungen, eine 4-Tage-Woche einzuführen. Nachdem in Island die Vier-Tage-Woche mit 35 Stunden jahrelang getestet wurde, hat die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung nun das Recht auf fünf Stunden kürzere Arbeitszeiten – bei vollem Lohn. Gleiches gilt für Belgien. Auch hier können Arbeitnehmende seit November 2022 selbst entscheiden, ob sie vier oder fünf Tage die Woche arbeiten möchten. Ebenso fördert auch Japan eine freiwillige 4-Tage-Woche. Der Grund ist ein Arbeitskräftemangel, der die Regierung zwingt, neue Arbeitsmodelle zu unterstützen, die genügend Flexibilität für persönliche Verpflichtungen garantieren.

1991 auf 31,7 Stunden im Jahr 2019 zurück. Mehr als ein Drittel der Beschäftigten arbeitet heute Teilzeit. Dabei zeigt sich: Je weiter links die Befragten stehen, desto mehr wird die 4-Tage-Woche begrüsst. Unbeantwortet bleibt in der Studie allerdings die Frage, wer im Gegenzug zu einer Reduktion der Arbeitszeit bereit wäre, beim Lohn Abstriche hinzunehmen.

Anzeige

Bleiben Sie für die begehrten Fachkräfte attraktiv. Investieren Sie in das Wohlbefinden Ihrer Mitarbeitenden.

Nutzen Sie dazu Infos, Tipps und Tools und vernetzen Sie sich an unseren Events.

FORUM
BGM Zürich

Mehr dazu unter: bgm-zh.ch



Trägerorganisationen
Forum BGM Zürich

kaufmännischer
verband
mehrere hundert Jahre
in Zürich

Arbeitgeber
Zürich

vzh

SVA Zürich

suva

Unterstützt durch

Gesundheitsförderung Schweiz
Promotion Santé Suisse
Promozione Salute Svizzera

Energie-Contracting: Raum für Innovation

Wo im 19. Jahrhundert Maggi als Pionier der industriellen Lebensmittelproduktion Fertigsuppen produzierte, entsteht seit 2018 The Valley, ein innovatives Gewerbeareal, das verschiedensten Branchen Entfaltungsfläche bietet. EKZ sorgte für ein zeitgemässes Energiesystem.

Irene Wrabel

Der charakteristische Maggi-Geruch ist verschiedensten Gerüchen aus unterschiedlichsten Branchen gewichen, erzählt Mikula Gehrig. Er ist Geschäftsführer der MA Kempththal Besitz AG, dem Joint Venture von Mettler2Invest und der deutschen Motorworld Group, welches den Grossteil des weitläufigen Areals von The Valley in Kempththal besitzt.

Food-Innovationen

Das historische Erbe des Areals soll nicht verschwinden, betont Gehrig: «Die Tradition von Maggi legt ja auch nahe, dass das Thema Nahrungsmittel hier einen Platz findet. Unter den aktuell 138 Mietern sind beispielsweise eine Kaffeeösteri, ein Schnapsbrenner, eine Käseerei oder auch Planted, die pflanzenbasiertes «Fleisch» herstellen. So ist das House of Food entstanden.» Hier entwickeln junge Unternehmen Innovationen für die Ernährung von morgen. Diesem innovativen Spirit möchte Mettler2Invest einen Raum für weitere Entwicklung bieten. Die Tradition von Maggi legt ja auch nahe, dass das Thema Nahrungsmittel hier einen Platz findet.

«Planted etwa ist ja sehr erfolgreich und expandiert laufend. Zurzeit wird das Food House Nr. 2 fertiggestellt, in welchem auch The Cultured Hub für das Fleisch von morgen, aus tierischen Zellen, forschend wird. Gerade hat auch die Realisierung des spektakulären Neubaus am Valley Square begonnen. «Da ist Downtown Valley, dort werden wir auch ein Food-Labor integrieren. Es ist zudem eine Food-Fabrik mit rund 5000 Quadratmeter Fläche geplant.» Ein bekannter Weinhändler wird sich möglicherweise noch in diesem Jahr im The Valley ansiedeln und so das Areal zusätzlich beleben.

Bunte Mischung macht's

Doch The Valley bietet Raum für unterschiedlichste Branchen. Genau das ist das Konzept, wie Mikula



Mikula Gehrig, Geschäftsführer der MA Kempththal Besitz AG. Bild PD

Gehrig erläutert: «Unser Ziel ist ein bunter Mix aus Branchen; wir wollen keinen Innovationspark, der sich nur auf eine oder wenige Branchen fokussiert. Wir möchten das Areal aktiv entwickeln, es soll ein prosperierender Ort sein, der verbunden mit grossen Investitionen nachhaltig in die Zukunft geführt wird.» So kam es auch zur Partnerschaft mit Motorworld. «Wir wussten, dass man sich dort auch für das Areal beworben hatte. Also haben wir bei Motorworld angefragt, ob man das zusammenspannen könnte. Wir haben uns gefunden und das Areal zu gleichen Teilen Mitte 2018 übernommen.» Seitdem entsteht in Kempththal ein lebendiger, vielfältiger Ort, der auch die umliegende Bevölkerung anzieht. Nicht zuletzt weil hier auch viele neue Arbeitsplätze entstehen. Die Vorbesitzerin Givaudan hat den Südteil des Areals für ihr Forschungslabor behalten, zudem hat man den Hauptsitz der Aromastoffdivision hierher verlegt. «Das war ein Vorteil für uns, weil wir so das Areal mit einer Firma mit grosser Strahlkraft übernehmen

konnten. Für Givaudan konnten wir in einer ersten Phase den Hauptsitz planen und erstellen.» Allein dadurch entstanden insgesamt rund 500 Arbeitsplätze.

Nachhaltige Versorgung

Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung des Areals mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Gewerben ist auch die Erstellung einer modernen Energieversorgung auf dem neuesten Stand der Technik. «Wir sanieren die Gebäude von Grund auf, auch energetisch. Die gesamte Stromversorgung haben wir mit EKZ neu geplant und erstellt», sagt Gehrig. Insgesamt fünf Trafostationen sind für das Areal vorgesehen, allein zwei davon dienen nur der Wärme- und Kälteversorgung. «Dafür haben wir eine Wärmepumpenlösung von EKZ, die im letzten Herbst den Betrieb aufgenommen hat.» Die Arealbetreiber haben sich dabei für das EKZ-Contractingmodell entschieden.

Aus gutem Grund, wie Mikula Gehrig betont: «Wir wollen nicht besitzen, sondern nutzen bzw. die

Wärme und Kühlung den Unternehmen zur Verfügung stellen. Ein solches System erzeugt im Betrieb einen immensen Aufwand und benötigt ein fundiertes Know-how. EKZ nimmt uns das ab und wir können uns auf eine funktionierende Lösung verlassen.» Die erst noch nachhaltig ist: Über eine Laufzeit von 30 Jahren werden so mehr als 44 000 Tonnen CO₂ eingespart. The Valley entwickelt sich weiter – dank kluger Entscheidungen. Mikula Gehrig ist sich dessen bewusst: «Mit steter und professioneller Entwicklung des Areals haben wir auch das Glück auf unsere Seite gebracht und dabei wohl auch vieles richtig gemacht. Man muss seine Vision im Auge behalten, ruhig und entschlossen bleiben, wenn Entscheidungen nicht auf Anhieb funktionieren. Und das hat sich im The Valley gut bewährt.»

www.ekz.ch/immobilien

FAKTEN

EKZ-Energiecontracting

Im Zuge der Umnutzung des Gewerbeareals wurde auch die Energieversorgung auf den neuesten Stand gebracht: Seit letztem Herbst produzieren Luft-Wasser-Wärmepumpen umweltschonend Wärme- und Kälteenergie und versorgen damit das gesamte Gewerbeareal. Die Wärmepumpen nutzen dafür die Umgebungsluft als Energiequelle und ersparen der Umwelt über die 30-jährige Laufzeit mehr als 44'000 Tonnen CO₂. Eine ganze Menge Treibhausgas, für dessen Neutralisierung sonst etwa 120'000 Bäume notwendig wären. Planung, Finanzierung, Umsetzung sowie der Betrieb des regenerativen Energiesystems wurden komplett an EKZ ausgelagert. Mettler2Invest profitiert so von einem umfassenden Sorglos-Paket für Immobilienprofis.

KMU-Date in der Brühlgut Stiftung

Nach dem Staffelstart des neuen Talkformats «KMU-DATE» in einem Metallbaubetrieb wurde Mitte Januar die zweite Sendung in der Brühlgut Stiftung aufgezeichnet.

Bei vollem Haus wurde am 15. Januar die zweite Folge der Sendung «KMU-DATE» aufgezeichnet. Die Gastgeberin Brühlgut Stiftung fördert und unterstützt Menschen mit Beeinträchtigung, speziell auch bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Moderatorin Regula Späni, auch bekannt aus dem SRF und dem Tochterformat «Sportdate», führte ein Podiumsgespräch, welches wertvolle Erkenntnisse rund ums Thema Integration von Menschen mit Beeinträchtigung in KMU brachte.

Gäste waren Ulla Kessler von der IV, Michael Loetscher von der Brühlgut Stiftung und Martin



Regula Späni (l.) mit Podiumsteilnehmern und Zeichnerin Avagyan. Bild zvg

Feusi, HR-Standortleiter Winterthur/Genf von Zimmer Biomet. Auf eine interne Umfrage hin ist eine Zusammenarbeit von Zimmer Biomet mit der Brühlgut Stiftung entstanden. Schulungen hätten die eigenen Leute auf die Zusammenarbeit mit diesen besonderen Menschen vorbereitet.

«Es ist eine absolute Win-win-Situation. Ich kann eine solche Zusammenarbeit nur empfehlen.»

Auch die Brühlgut-Mitarbeiter Simon Gloor und Felix Müller berichteten eindrucksvoll über ihre Erfahrungen. Für Freude sorgte auch das Bild des Abends der Karikaturistin Agnes Avagyan,

die aufmerksam live die Teilnehmenden mit Pinsel und Farbe verewigte. Sie ist fester Bestandteil der Sendungen und zeichnet live vor Ort: während der TV-Sendung wird der Entwicklungsprozess des Bildes immer wieder gezeigt.

Das neue Talkformat von Initiantin und Projektleiterin Karin Leuch findet alternierend mit dem Tochterformat «Sportdate» seit November 2023 zweimonatlich statt. Die «Dates» werden immer in einem anderen Unternehmen durchgeführt. Zum rund 40-minütigen Talk mit Regula Späni werden stets interessante Gäste aus dem Unternehmen selber, aber auch Fachpersonen, Ausbilder oder Vertreter aus der übrigen KMU-Welt, eingeladen. (ZW)

Hier mehr zum Thema
Der Video ist auf Youtube zu sehen: <https://youtu.be/rH4xfgV4vCc>.



Henrique Schneider wird SVP-Generalsekretär

Nach dem Bruch mit dem Gewerbeverband soll Henrique Schneider bald Peter Keller bei der SVP beerben.

Nach dem Abgang beim Gewerbeverband ging es schnell: Henrique Schneider, der wegen Plagiatsvorwürfen seine Stelle als Direktor des Gewerbeverbands nicht antreten konnte, hat bereits eine neue Aufgabe. Er wird SVP-Generalsekretär, sofern ihn der Parteivorstand in den nächsten Tagen bestätigt.



Henrique Schneider wird neuer SVP-Generalsekretär. Bild Mark Gasser

Als damaliger Stellvertreter des Direktors Hans-Ulrich Bigler wäre Henrique Schneider der logische Nachfolger Biglers gewesen. Doch Schneider wurden, unter anderem wegen einer Artikelserie der «NZZ am Sonntag», einige Ungereimtheiten in wissenschaftlichen Texten und Plagiatsvorwürfen, die sich erhärteten, zum Verhängnis. Der Vorstand widerrief in der Folge die Wahl Schneiders. Danach kam das Unvermeidbare: Schneider, der liberale Geist, und der Gewerbeverband trennten sich.

Peter Keller, früherer Nationalrat aus Nidwalden, wird nun Schneiders Stellvertreter bei der SVP. Er hatte bereits in den vergangenen Jahren das Generalsekretariat geführt. «Ich möchte wieder inhaltlicher arbeiten», sagte Keller gegenüber der NZZ.

Anzeige



Wenn es darauf ankommt.

Unsere Treuhandprofis kennen den Weg.

TREUHAND | SUISSE

www.treuhanduisse-zh.ch
Schweizerischer Treuhanderverband
Sektion Zürich



Keine Hürde zu hoch für Nachhaltigkeit

Aufgrund von regulatorischen Trends, aber auch wegen gesellschaftlichen Drucks sind Schweizer Banken im Bereich Nachhaltigkeit sehr aktiv und haben eigene Nachhaltigkeitsteams. Grossbanken liefern sich eine veritable Marketingschlacht um das nachhaltigere Geschäftsgebaren. Verlieren kleine Banken nicht den Anschluss?

Mark Gasser

Nachhaltigkeit ist in aller Munde – und meint mehr als nur Klimaschutz. Auch der Finanzsektor wird fleissig grüner, sozialer, inklusiver. Die Grundannahme: Jeder Franken, den wir den Banken zum Sparen, Anlegen oder Vorsorgen anvertrauen, wirkt sich auf die Umwelt, das Klima und die Gesellschaft aus. Kapital für Innovationen bereitzustellen ist daher der erste Hebel des Finanzsystems, um Teil der Lösung zu werden: Green Bonds, Private Equity, Risikokapital, Mikrofinanz, um ein paar zu nennen. Durch das Finanzsystem kann Kapital dorthin gelenkt werden, wo es mehr Nachhaltigkeit bewirkt.

Der WWF Schweiz hat gemeinsam mit PriceWaterhouseCoopers 2021 die 15 grössten Schweizer Retailbanken erneut unter die Lupe genommen und analysiert, wie nachhaltig die Banken ihr Geld anlegen und Kredite vergeben. Was kaum überrascht: Der WWF beurteilt das Umweltbewusstsein der Banken kritisch, etwa bei der Transparenz gegenüber Kunden, um nachhaltige Anlageentscheidungen zu treffen.

Positive Entwicklungen zeigten sich in der Kategorie der 7 als «Verfolger» beurteilten Institute, die damit als «überdurchschnittlich» bewertet wurden: zu ihnen gehörten die Zürcher Kantonalbank und die UBS. Sprich: Mit Blick auf die Nachhaltigkeit verhalten sie sich zeitgemäss, gelten aber nicht als richtungsweisende oder visionäre Banken. Immerhin: Der Nachhaltigkeitsgedanke sei in der strategischen Ausrichtung der Banken vermehrt direkt verankert.

SDG und ESG

Doch was ist genau mit Nachhaltigkeit gemeint, und messen alle Banken mit denselben Standards? Und überhaupt: Sind alle Banken imstande, den Nachhaltigkeitszielen Beachtung zu schenken? Zunächst zur Begriffsklärung. Oft



Nachhaltig auch im Gebäudebereich: Hauptsitz der Zürcher Kantonalbank.

hört man im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit die beiden Begriffe SDG und ESG. Mit den Sustainable Development Goals SDG sind allgemeine ökologische, soziale sowie ökonomische Kriterien gemeint. Bei grösseren Unternehmen sind diese wiederum mit den 17 Zielen und 169 Unterzielen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung verbunden. Die SDG sollen bis 2030 global und von allen UNO-Mitgliedstaaten erreicht werden. Teilweise sind die Ziele abstrakter («Keine Armut», «Kein Hunger», «Weniger Ungleichheiten»), teilweise griffiger und direkter umsetzbar («Massnahmen zum Klimaschutz»).

ESG steht für «Environmental», «Social» und «Governance» – also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. In den letzten Jahren ist das Interesse am Thema regelrecht explodiert. Unternehmen müssen transparenter werden – weit über die Finanzkennzahlen hinaus. «ESG» steht gemäss dem

bleibenden Emissionen, die im Betrieb anfallen, wurden bisher zu 100% kompensiert. Die nicht vermeidbaren Restemissionen sollen künftig vollständig der Atmosphäre entzogen werden. Ab 2025 wird sie diese unter anderem in Abbruchbeton einlagern. Dafür geht die Bank eine Kooperation mit dem 2019 gegründeten Berner Jungunternehmen neustark ein, das eine Lösung zur dauerhaften Speicherung von CO₂ aus der Luft in recycelten mineralischen Abfällen wie Abbruchbeton entwickelt hat.

SIX Group, welche die Infrastruktur für die Finanzplätze in der Schweiz und in Spanien betreibt, nennt drei Nachhaltigkeitsbereiche: Bei der Finanzmarktinfrastruktur, als ESG-Produktanbieterin und als Good Corporate Citizen. Dazu gehören neben dem Netto-Null-Ziel und Themen in Bezug auf Mitarbeitende auch Punkte wie die Verbreitung von Finanzwissen, ESG-Produkteentwicklung und Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Wie bürokratisch und aufwendig die internen Untersuchungen sind, vermag der 56-seitige Nachhaltigkeitsbericht von SIX, aus dem wiederum die 17 wichtigsten Handlungsfelder hervorgehen, nur anzudeuten. 2021 sei ein Nachhaltigkeitsteam gegründet worden, das die Entwicklung der Themen in einer Matrixstruktur über die ganze Gruppe steuert.

Gebäude-Energieverbrauch

Etwas griffiger wird es in Sachen Nachhaltigkeit bei Klimamassnahmen im Gebäudebereich. Zum Massnahmenportfolio der ZKB in den Bereichen Wärme- und Stromenergie sowie Mobilität und Papier gehören gezielte Investitionen in energieeffiziente Gebäudetechnik bei allen Neu- und Umbauten, Flächenverdichtungen zu Energieverbrauchsminderungen, die Erneuerung der IT-Infrastruktur zugunsten der Energieeffizienzsteigerung sowie der Bezug von Ökostrom.

Seit 2009 hat die ZKB ihren betrieblichen CO₂-Ausstoss bereits um rund 70% reduziert. Die ver-

SIX wie auch die Zürcher Kantonalbank haben sich im Rahmen des Energie-Modells Zürich dazu verpflichtet, die Energieeffizienz um mindestens 1,5 % pro Jahr zu steigern. Das Modell bezieht sich hauptsächlich auf den Energieverbrauch der Gebäude und wird von der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) koordiniert.

Zu viel Bürokratie für KMU?

Es ist branchenübergreifend das Dilemma aller KMU: Sie können sich keine Nachhaltigkeitsteams fürs Monitoring von ESG-Massnahmen oder -Reports leisten. Erschwerend kommt hinzu, dass Kundenberater im Beratungsgespräch immer komplexere Anforderungen schultern müssen, etwa bei Fragen zur Wirkung eines Produkts oder zur Einhaltung komplexer regulatorischer Vorgaben.

Um ESG-Reports finanzierbar zu machen, gibt es aber Alternativen zur Schaffung eines Nachhaltigkeitsteams. Eine solche bietet etwa das Zürcher Startup esg2go

(«ESG to go») an, das der Adjunct Services AG für medizinische Qualitätssicherung angegliedert ist. Entstanden aus dem Center for Corporate Responsibility and Sustainability (CCRS) an der Hochschule für Wirtschaft in Fribourg, verspricht es ein (weitgehend online erfassbares) Nachhaltigkeitsrating und -reporting, das so einfach ist, «als wenn man sich einen Kaffee über die Gasse kauft», schreibt das Startup. Die Paketlösungen reichen vom reinen Rating-Abo (ab 300 Franken pro Jahr) bis hin zum «Professional»-Paket mit Rating, Reporting und Beratung (750 Franken). Treiber des 2021 vorgestellten Prototyps des Nachhaltigkeitsratingtools für KMU war unter anderem die Annahme, dass die «Unternehmensverantwortung» aus dem Ruder läuft. CCRS-Direktor Philipp Aerni nannte den «Elefant in the Room» in der «NZZ am Sonntag» vom 21. Mai 2022: In der Schweiz pflegten Firmen neu eine «Bürokratie des Guten» statt zu investieren – was

dann paradoxerweise mit den Nachhaltigkeitszielen der UNO kollidiere. Dieser Trend sei in der Schweiz besonders nach Annahme des indirekten Gegenvorschlages der Unternehmensverantwortungsinitiative analog zur EU und der Verschärfung der Gesetze zu Unternehmensverantwortung zu erkennen.

esg2go-Verwaltungsratsmitglied Luzi Rageth erklärt die Kriterien für ein esg2go-Reporting: Damit ein KMU seine Nachhaltigkeit über esg2go messen könne, müsse es mindestens zwei Mitarbeiter haben und seit zwei Jahren existieren. «Fürs erste Ausfüllen des esg2go-Ratings rechnen wir für ein normales KMU mit 50 Mitarbeitern und einem Standort mit einem Tag», erklärt Rageth. Ab dem zweiten Mal halbiere sich dieser Aufwand. Das Tool, das von der UBS, der Zürich Versicherung und der Raiffeisen unterstützt wird, sei aber auch für grössere Firmen oder fürs Lieferanten-Monitoring von Grosskunden geeignet. Diverse Kantonalbanken unterstützen

esg2go, indem sie es ihren Kunden empfehlen oder schenken.

Geldverkehr: Keine Messgrösse

Mit der voranschreitenden Digitalisierung beim Zahlungsverkehr stellt sich die Frage: Wird beim digitalen Geldverkehr mit QR-Rechnungen, Twint, eBill und Co. und den ganzen damit verbundenen Datenmengen gegenüber dem physischen (Logistik, Druck, Versand etc.) Energie eingespart? Darauf haben die Banken keine konkreten Antworten: «Die Grundsätze der Nachhaltigkeit integrieren wir über unsere gesamte Geschäftstätigkeit und entsprechend auch im Bereich des Zahlungsverkehrs. Auf die einzelnen Fragen können wir nicht im Detail eingehen, da wir diese Daten nicht standardmässig erheben», heisst es bei der Zürcher Kantonalbank. Ähnlich vage und mit Verweis auf «sicherheitstechnische Gründe» bleibt die Bank zur Frage nach Standort bzw. Energieverbrauch der eigenen Datacenter. Auch SIX habe dazu «momentan keine aktuellen Studien o.ä.».

Anzeige

Mehr Piste

Mehr Sicherheit



Mehr Piste

Mehr Pünktlichkeit





ZUR PISTEN-VERLÄNGERUNG
3. März 2024

Mehr Piste

Mehr Nachtruhe



Mehr Piste

Ohne Steuergeld



pisten-verlaengerung-ja.ch



Energie und die grosse Abzocke durch Axpo und Co.

KOLUMNE
SAUTER SAGT'S

Die Grundpfeiler einer erfolgreichen Volkswirtschaft basieren auf einem repräsentativen Regierungssystem, einer aktiven Zivilgesellschaft, einem funktionierenden Rechtsstaat sowie einem fairen, freien Wettbewerb. Energie gehört auch in unserem Land für Bevölkerung und Wirtschaft zu jenen Grundlagen, welche nebst Wissen, Wasser, Infrastruktur auch heutzutage zwingend für Wohlstand notwendig sind. Die aktuelle Situation mit künstlich verknappter Verfügbarkeit und obskuren Preisentwicklungen zwingt viele KMU zu teils drastischen Massnahmen und, noch schlimmer, verschlechtert deren internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht bloss, sondern es entsetzt das Auge des interessierten Lesers der Geschäftsberichte von Axpo,



Bruno Sauter
Unternehmer, Konsulent

BKW und Co., wenn darin von Gewinnsprüngen (EBIT) in groteskem Ausmass berichtet wird (Axpo +686%, BKW +191%, CKW +6760%). Gewohnt, dass in diesem Lande unanständiges Geschäftsgebaren lauthals und regelmässig kritisiert wird, oft sogar bei namhaften Unternehmen als unerhörte Abzocke verschrien ist, erstaunt es doch beträchtlich, dass sich in diesem angeblichen Marktsegment (1,8% am Landesindex der Konsumentenpreise) keinerlei Kritik zu regen vermag.

Hinterleuchtet man jedoch die Eigentümerschaft der Akteure, so treten die Kantone in Erscheinung – mithin also der Staat und die um das Gemeinwohl so besorgten Politiker. Und diese Eigentümerschaft ist kritikunwillig. Denn die durch die Coronamassnahmen ausgeräumten Kassen können so elegant wieder gefüllt werden und die durch das Management zum Ausdruck gebrachte stolze Leistung ist in Wahrheit nichts anderes als ein höchst unanständiges Einkassieren einer Monopolrente, und hat mit Leistung rein gar nichts zu tun.

Der angebliche Energiemarkt hat mit einem Wettbewerb im üblichen Sinne denn auch gar nichts gemein. Weder sind die Leistungen frei und jederzeit wählbar verfügbar, noch herrscht Transparenz bei den Gesteungskosten, und schon gar nicht den heutigen Standards entsprechend ist die Einhaltung der wirtschaftlichen Gouvernance. Denn jene Akteure, welche über die Ressourcenzuteilung entscheiden, in welchem Marktgebiet und mit welchen staatlichen Kostenvorgaben Strom geliefert wird, bestimmen auch gleich die Preisgestaltung gegenüber dem Endkunden. Die Aufsicht durch Milizpolitiker, welche sich allesamt zum Ende ihrer Karriere ein lukratives Amt im Verwaltungsrat eines Energieanbieters wünschen, entspricht ebenfalls nicht jenem Verständnis eines Marktes, welches der Konsument üblicherweise hat. Die Krönung des gesamten, entarteten Schauspiels findet sich in der Gewinnbeteiligung des Managements am Ergebnis. Diese staatlich inszenierte Abzocke mit Applaus durch die Politik gehört heute geändert und ist unseres Landes unwürdig.

Uferinitiative: Viele Nachteile

Die breite Mitwirkung im Komitee gegen die Uferinitiative zeigt: Diese würde viele Nachteile bringen. In der Allianz gegen die Uferinitiative engagieren sich darum auch rund 30 Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, Naturschützer und Berufsfischer.

Die Uferinitiative tönt auf den ersten Blick gut, sie ist aber gefährlich. Sie geht viel zu weit, würde unverhältnismässig hohe Kosten auslösen, die Hürde für Enteignungen massiv senken und der Natur und Biodiversität am Zürichsee schaden. Aus diesen Gründen haben bereits der Regierungsrat und der Kantonsrat die Uferinitiative abgelehnt. Letzterer dank der Stimmen von SVP, FDP, Mitte, EDU und einer Mehrheit der GLP-Fraktion. Die überparteiliche Allianz gegen die Uferinitiative setzt alles daran, bis zum 3. März 2024 auch die Zürcher Bevölkerung von einem Nein zu überzeugen. Am Montag hat sie den Abstimmungskampf eröffnet – und unter anderem das Kampagnenvideo und das breite Komitee vorgestellt.

Breite Kreise gegen Initiative

Die vielen Nachteile der Uferinitiative rufen eine breite Gegnerschaft auf den Plan. Dies zeigt sich auch im Komitee der Allianz gegen die Uferinitiative. Rund 30 Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten sowie fast 500 weitere Personen sprechen sich gegen die schädliche Vorlage aus. Unter ihnen sind Adrian Gerny, Präsident der Zürichsee-Berufsfischer, und Max Straub, ehemaliger Leiter Fischerei- und Jagdverwaltung des Kantons Zürich. Er sagt: «Es gibt heute nur noch wenige Flachwassergebiete im Zürichsee. Diese Flachwasserbereiche sind für das Leben im Wasser sehr wichtig; sie stellen bei den Mittellandseen eigentliche «Kinderstuben» für Fauna und Flora dar. Die Biodiversität wird durch den Bau eines durchgehenden Uferweges bzw. auch durch Stege nachhaltig beeinträchtigt. Man vergisst heute leider immer wieder, dass der Zürichsee ein Trinkwasserspender ist und die Förderung der Wassergüte nicht mit Füssen getreten werden darf.»

Berufsfischer Adrian Gerny meint: «Der Nutzungsdruck am Zürichsee ist heute schon sehr gross. Die Laichplätze der Fische und die Rückzugsorte für diverse



Die erschöpfte Ente: das «Maskottchen» der Gegner der Uferinitiative.

Bewohner im und auf dem Wasser sind bereits unter Druck. Ein durchgehender Uferweg, der selbstredend auch Menschen an heute noch ruhigere Stellen führt, würde diese Problematik verschärfen und diese wichtigen Ruhezonen weitgehend verschwinden lassen.»

Kritik von Gemeindepräsidenten

An der Medienkonferenz vom 15. Januar äusserten sich die Gemeindepräsidenten Christian Haltner (FDP, Stäfa), Beat Nüesch (FDP, Horgen) und Sascha Ullmann (GLP, Zollikon) sowie Jörg Kündig (FDP, Gossau, Präsident des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich) kritisch zur Initiative. Jörg Kündig lehnt die Uferinitiative aus mehreren Gründen ab. «Erstens würde ein durchgehender Uferweg Kosten von mindestens einer halben Milliarde Franken verursachen. Dies ist unverhältnismässig, zumal es heute schon attraktive Seezugänge gibt. Naherholungsgebiete sind im ganzen Kanton gezielt zu fördern, sie sind wichtig für die Menschen. Ein durchgehender Seeuferweg ist aber erzwungen und steht in einem sehr ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis. Zudem hätte gemäss der Initiative nur noch der Kanton das Sagen über die Planung der Uferwege. Das würde die Gemeindeautonomie beschneiden.»

Christian Haltner kritisiert an der Uferinitiative: «Auch ich bin dafür, dass der Zugang zu See verbessert wird. Aber bitte punktuell und nicht durchgehend ohne Rücksicht auf Natur, Kosten und Eigentumsverhältnisse.»

Beat Nüesch betonte, dass es attraktive Alternativen gibt: «Der schönste Weg mit dem schönsten Ausblick rund um den Zürichsee führt über den Üetliberg, die Albiskette, den Zimmerberg, den Etzel und den Pfannenstiel. Alle Gemeinden rund um den See leisten ihren grossen Beitrag zu diesem Weg.» Tatsächlich bewirbt Zürich Tourismus den Zürichsee-Rundweg (Route 84) folgendermassen: «In 10 Etappen rund um den See – rund um den Zürichsee führen Wanderwege, auf denen man einmal komplett um den See laufen kann.»

Sascha Ullmann begründet seine ablehnende Haltung so: «Die Uferinitiative lehne ich am 3. März in erster Linie ab, weil sie der Natur und der Biodiversität schadet. Die heute wenig bevölkerte Uferlandschaft bietet sehr unterschiedliche Nischen für Tiere, die hier wenig gestört leben können. Eine durchgehender Uferweg direkt am Wasser würde diese Siedlungsökologie grundlegend aufbrechen. Je mehr Menschen sich im Uferbereich aufhalten, desto grösser ist der Druck auf diese Lebensbereiche.»

PAROLEN KGV
VOLKSABSTIMMUNG
VOM 3. MÄRZ 2024:

Nein zur Initiative für eine 13. AHV-Rente

Trotz finanzieller Schieflage der AHV soll die AHV-Rente jährlich ein dreizehntes Mal ausbezahlt werden. Die Ausschüttung nach Giesskannenprinzip würde 5 Milliarden Franken kosten, bezahlt durch höhere Abgaben. Die grosse Mehrheit der Rentner ist nicht auf eine 13. Rente angewiesen. Die AHV wird mit der Initiative langfristig ruiniert.

Ja zur Renteninitiative

Die Menschen in der Schweiz werden älter und beziehen länger AHV. Die Renteninitiative erhöht das Rentenalter schrittweise und passt es der Lebenserwartung an. Dadurch werden die Ausgaben reduziert und dem Arbeitsmarkt bleiben Fachkräfte erhalten.

Ja zur Anti-Chaoten-Initiative

Illegale Demonstrationen mit Sachbeschädigungen und Häuserbesetzungen zerstören Privateigentum und schädigen KMU. Die Initiative verschärft die Gesetze und bittet Chaoten zur Kasse. Der Initiative ist griffiger als der Gegenvorschlag.

Nein zur unnötigen Uferinitiative

Die Uferinitiative ist eine Zwängerei und verlangt einen vollständigen Uferweg um den See. Bereits heute ist der grösste Teil des Seeufers frei zugänglich. Privateigentum würde ausgehebelt, Enteignungen wären die Folge (siehe Text links).

Ja zur Vorlage Pistenverlängerungen

Mit der selbst finanzierten Verlängerung von zwei Pisten um wenige hundert Meter soll die Infrastruktur heutigen Standards angepasst werden. Die Pistenverlängerungen sorgen für mehr Verlässlichkeit: Stabilität und Sicherheit des Flugbetriebs werden erhöht. Der Flughafen wird gestärkt und damit auch der Wirtschaftsraum.

Anzeige



multibanking:
alle geschäftskonten
auf einen blick.

Ihre persönliche und bankübergreifende Liquiditätsübersicht.
Jetzt neu in nur Minuten aktiviert.

valiant.ch/multibanking

wir sind einfach bank.

valiant

«Menschen wollen wieder reisen»

Der neue CEO der Flughafen Zürich AG, Lukas Brosi, im Interview: zum Mut für grosse Würfe, zur Geschichte des Flughafens, seiner Rolle für die Wirtschaft und für KMU. Und zur ersten Anpassung am Pistensystem seit 50 Jahren.

Interview

Mark Gasser

Was beschäftigte Sie in Ihrem ersten Jahr als CEO am Flughafen Zürich mehr: Das Jubiläumsfest zum 75-jährigen Bestehen des Flughafens Anfang September oder die Pistenverlängerungen? **Lukas Brosi:** Das Jubiläumsfest Anfang September war definitiv der Höhepunkt in unserem Jubiläumsjahr. Die Organisation des Fests mit rund 140 000 Besucherinnen und Besuchern war ein Kraftakt mit grossem Erfolg. Die Pistenverlängerungen waren ein Dauerthema auf politischer Ebene und in den Medien. Wir waren und sind stark damit beschäftigt, das Projekt sachlich zu erklären und seine Vorteile für die Bevölkerung und einen stabilen Flugbetrieb hervorzuheben.

Die erste Ausbautetappe des Flughafens dauerte vom Entschcheid bis zur Vollendung gerade einmal drei Jahre. Die Pistenverlängerungen sind schon seit über 20 Jahren im Gespräch. Warum ist es so schwierig geworden, Anpassungen zu realisieren?

Brosi: Das stimmt, die Unterschiede im Zeithorizont von Flughafenbau und von heutigen Infrastrukturprojekten wie den Pistenverlängerungen sind enorm. Vor allem auch, wenn man bedenkt, dass zu Beginn ein grosses Sumpfgebiet trockengelegt und die aviatische Grundinfrastruktur gebaut werden mussten. Heute reden wir lediglich von insgesamt 680 Metern Verlängerung zweier Pisten. Die Verfahren dauern heute deshalb so lange, weil viele Interessensabwägungen gemacht werden müssen und bereits die Zwischenentscheide vor Gericht angefochten werden können. Das gehört zu einem Rechtsstaat. Es stimmt aber auch nachdenklich, wenn für Sicherheitsmassnahmen so viel Zeit verstreicht, bis es zu einer Realisierung kommen kann. Dies ist



«Das Resultat ist ein Reformstau»: Flughafen-CEO Lukas Brosi.

Bilder PD

übrigens auch bei anderen Infrastrukturprojekten von Verkehr und Energieproduktion zu beobachten.

Sie sprachen an einer KGV-Präsidentenkonferenz im Oktober vom Weitblick und dem Mut für grosse Würfe bei den baulichen Erweiterungsschritten um den Flughafen in der Geschichte des Flughafens. Fehlt heute dieser Mut?

Brosi: Die heutige Infrastruktur des Flughafens ist auf mehrere grosse Ausbautetappen in der Vergangenheit zurückzuführen. Bei Infrastruktur wird für Dekaden gebaut und zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme wirken die Bauten oft überdimensioniert, in der Regel sind aber die Kapazitäten nach wenigen Jahren schon gut ausgelastet. Investitionsentscheide für

mehrere Jahrzehnte brauchen deshalb Mut und unternehmerische Weitblick. Heute wird dies stärker durch die langwierigen Verfahren verhindert. Das Resultat ist ein Reformstau.

Der Anflug auf den Flughafen ist sehr kompliziert, unter anderem wegen einer in den 1970ern geschaffenen zusätzlichen «V-Piste» statt einer Parallelpiste. Das heisst, die Anflug- und die Durchstartkorridore, für den Notfall vorgesehen, kreuzen sich in der Verlängerung der Pisten. Und dass der süddeutsche Raum vom Fluglärm stärker betroffen sein würde (was 2003 in einer Luft-raumsperrung abends und morgens mündete), kümmerte damals niemanden. Denken Sie manchmal

nicht: Die haben uns damals eine schöne Erbsünde hinterlassen?

Brosi: Die unmittelbare Folge der Luftraumsperrung durch Deutschland sind die Südanflüge am Morgen und die Ostanflüge am Abend. Das politische Ziel war es, den Fluglärm möglichst auf die verschiedenen Himmelsrichtungen zu verteilen. Die wahrscheinlich ewig streitbare Frage ist, ob es eine gerechte Verteilung gibt. Bei parallelen Pisten wären die An- und Abflugrichtungen klarer vorgegeben, aber weniger auf die Regionen verteilt. Aus aviatischer Sicht wäre es sinnvoll. Aber ich bin mir nicht sicher, ob wir heute so weniger Diskussionen über Fluglärm hätten.

Die Idee einer Parallelpiste wurde 2007 definitiv raumplanerisch beerdigt. Wurde damit auch die Möglichkeit einer Kapazitätssteigerung verbaut?

Brosi: Ja, mit dem Ende der Diskussion um den Bau einer Parallelpiste war auch klar, dass die Kapazitäten für Flugbewegungen am Flughafen Zürich nicht mehr gross erhöht werden könnten. Kleinere Effizienzsteigerungen sind möglich. Diese erreicht man aber nicht mit verlängerten Pisten.

Werden 320 000 Flugbewegungen erreicht, müssen gemäss Flughafen-gesetz Regierung, Parlament und via Referendum das Volk darüber entscheiden, ob der Staat auf eine Bewegungsbeschränkung hinwirken soll. Wann wird diese Grenze je erreicht sein?

Brosi: Wir können es heute nicht sagen, wann und ob diese Marke erreicht wird. Die Kurve liegt, um genau zu sein, seit über 20 Jahren mehr oder weniger flach. Die steigenden Passagierzahlen wurden durch grössere Flugzeuge und eine deutlich bessere Sitzplatzauslastung aufgefangen. Ich möchte aber nicht illusorisch sein: Wenn die Nachfrage nach Luftverkehr zusammen mit dem Bevölkerungswachstum weiter ansteigt, wird es mittel- bis lang-

fristig wohl auch einige zusätzliche Flugbewegungen geben. Die Kapazität dazu haben wir schon heute.

Wie sehen Sie die Entwicklung bezüglich Flugbewegungen, Passagierzahlen, Fracht und Umsatz am Flughafen Zürich für die nächsten 10 Jahre?

Brosi: Wir haben keine punktgenauen Prognosen, rechnen aber mit einer Entwicklung entlang von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Der Umsatz der Flughafen Zürich AG hängt nicht alleine vom Flugverkehrsvolumen ab. Mitentscheidend sind auch die Mieterträge am Flughafen oder unsere Flughafen-Beteiligungen im Ausland.

Gerade während der Corona-Krise hatte die Luftfahrt eine sehr hohe Bedeutung für die Versorgung, sagten Sie an der KGV-Präsidentenkonferenz. Können Sie dazu Zahlen nennen?

Brosi: Viele lebensnotwendige Güter erreichen unser Land per Luftfracht. Die Zahlen zeigen auch, dass das Luftfrachtvolumen während der Pandemie deutlich

«Aus aviatischer Sicht wären parallele Pisten sinnvoll. Aber ich bin mir nicht sicher, ob wir heute so weniger Diskussionen über Fluglärm hätten»

Lukas Brosi
CEO Flughafen Zürich AG

weniger stark eingebrochen ist als die Passagierzahlen. Dies, obwohl viel weniger Flüge durchgeführt wurden, die Fracht mitnehmen konnten. So gingen im Hauptkrisenjahr 2020 die Passagierzahlen um über 73% zurück, bei der Luftfracht waren es nur knapp 36%.

Haben KMU für den Flughafen eine hohe Bedeutung – und umgekehrt?

Brosi: Die Bedeutung ist sehr gross. Von den rund 300 Unternehmen, die unmittelbar am Flughafen tätig sind, sind ein Grossteil KMU. Hinzu kommen viele Zulieferer und Dienstleistende. Der Flughafen kann nicht ohne die KMU in der Region. Umgekehrt profitieren viele kleine und mittlere Unternehmen vom Wirtschaftsmotor Flughafen.

INFOS ZUM FLUGHAFEN ZÜRICH

Umschlag und Entwicklung der Passagierzahlen

Wie wichtig der Frachtumschlag für den Flughafen und die Wirtschaftsregion ist, zeigt die Statistik: 40 Prozent der exportierten Güterwerte verlassen per Luftweg die Schweiz, davon zu 80 Prozent nach Asien und Nordamerika. Diese Fracht auf dem Luftweg wird wiederum zu 99 Prozent im Bauch von Passagierflugzeugen (Belly Freight) exportiert. Für die Rentabilität einer Linie ist die Fracht

also existenziell wichtig. Reine Frachtflüge verzeichnet der Flughafen nur rund 30 pro Monat. 2019 war das Rekordjahr der Flughafen Zürich AG sowohl bezüglich Verkehr als auch Umsatz, gefolgt vom Rekordverlust 2020. Vor Corona zählte der Flughafen 31 Millionen Passagiere, während Corona 8 Millionen, 2022 deren 22,6 Millionen und 2023 rund 28 Millionen (Schätzung).

Der Flughafen investiert sehr viel Geld in die Infrastruktur – und in die Region. Wie profitieren KMU von diesen Investitionen?

Brosi: Wir investieren im Durchschnitt pro Arbeitstag eine Million Franken in unsere Infrastruktur am Flughafen Zürich. Davon profitieren viele Auftragsnehmende in der Region, vor allem KMU. Es ist unsere lokale Verantwortung, einen Beitrag zur Wertschöpfung und zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region zu leisten. Dies haben wir als eines von fünf

für 400 Millionen Franken in Betrieb genommen – nach sechs Jahren Bauzeit. Ist sie Zeugnis dieses Strebens, der grösste Hub in Europa zu werden?

Brosi: Definitiv nein. Das wird falsch verstanden: Die Gepäcksortieranlage löst die bisherige ab, die das Ende ihres Lebenszyklus erreicht hat. Vor allem die Technik war veraltet und Ersatzteile immer schwieriger verfügbar. Wir haben überhaupt kein Streben und auch kein Ziel, zum europäischen Mega-Hub zu werden. Es geht viel eher darum, ein qualitativer Flughafen mit möglichst guten Direktverbindungen und mit attraktiven Umsteigezeiten zu bleiben. Vergleicht man unser Verkehrsvolumen mit anderen Drehkreuzen in Europa, haben wir über die vergangenen Jahre gegenüber anderen eingebüsst. Wir waren mal unter den Top 10 in Europa, sind es heute aber nicht mehr und werden es auch kaum mehr sein.

Rund 3000 von über 30 000 Stellen im Ökosystem Flughafen gingen während Corona verloren. Gab es da eine Kehrtwende?

Brosi: Ja, wir schreiben seit dem Geschäftsjahr 2022 wieder Gewinne. Der Arbeitsmarkt hat nur temporär gelitten. Wir haben heute das gegenteilige Problem: Es mangelt teilweise an genügend Arbeitskräften, um die offenen Stellen am Flughafen besetzen zu können.

Zürich wurde immer wieder als Super-Hub – also ein neuralgischer Dreh- und Angelpunkt für Logistik, aber auch Privatverkehr – angepriesen. Aktuell wird die neue Gepäcksortieranlage

einen komplett neuen Flughafen bauen.

Stellen Sie seit Corona Veränderungen im Reiseverhalten fest?

Brosi: Es gibt einige Veränderungen im Reiseverhalten. Abgenommen haben beispielsweise die Kurztrips innerhalb von Europa zu Geschäftszwecken. Aber auf der Langstrecke ist die Nachfrage nach Geschäftsreisen nach wie vor hoch. Menschen wollen wieder reisen, ob geschäftlich oder privat. Die Leute wollen sich sehen und austauschen, gerade über weitere Distanzen, Zeitzonen und Kulturkreise hinweg. Dies gilt für Geschäfts- wie auch für Privatreisen. Und gerade in diesem Jahr war der Freizeitverkehr ausserordentlich stark und hat den Rückgang der Geschäftsreisen wettgemacht. Die Einbussen bei den Geschäftsreisen werden durch andere Passagiersegmente kompensiert.

Die Flughafen Zürich AG will ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2040 auf netto Null senken. Wie erreicht sie das?

Brosi: Für uns ist Netto Null bis 2040 nicht einfach eine Ambition, sondern eine Mission, für die wir einen konkreten Absenkpfad verbunden mit hohen Investitionsausgaben erarbeitet haben. Es braucht viele Massnahmen. Den grössten Hebel haben wir bei unseren Gebäuden. Diese müssen einerseits möglichst energieeffizient sein und andererseits ohne fossile Energien funktionieren können. Wir setzen hier auf Geothermie, Photovoltaik und letztlich auch auf erneuerbare Brennstoffe. ■

ZUR PERSON



Lukas Brosi

Der 44-jährige Lukas Brosi ist seit 2009 bei der Flughafen Zürich AG tätig. Der Betriebsökonom FH trat 2009 ins Unternehmen ein und war von 2017 bis 2023 Finanzchef und Mitglied der Geschäftsleitung. Er führt das Unternehmen nun seit Mai 2023 als CEO.

Die Flughafen Zürich AG nahm während Corona 900 Millionen Franken zusätzliche Schulden am privaten Kapitalmarkt auf. Im vergangenen Jahr waren aber wieder 500 Mio. Franken an Investitionen geplant, davon waren 300 Mio. fürs internationale Geschäft, allen voran der sich im Bau befindende internationale Flughafen Noida bei Delhi (Indien), vorgesehen.

Brosi: Die Erholung war wichtig, damit wir die Verschuldung wieder abbauen und die nötigen Investitionen tätigen können. Die Investition in Noida ist derzeit entsprechend hoch, weil wir dort

Demos belasten das Gewerbe

Die «Anti-Chaoten-Initiative» soll wieder für einen angemessenen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Grundrechten sorgen – so wie dies die Verfassung vorsieht.

Marc Bourgeois

Das städtische Gewerbe ist das Rückgrat unserer Stadt. Es schafft Arbeitsplätze und Lehrstellen, belebt die Quartiere, bezahlt Steuern. Darüber hinaus hat es sich minutiös an die städtischen, oftmals bürokratischen Vorgaben zu halten. Sonst hagelt es Bussen.

Nichts bezahlen müssen dagegen seit Jahrzehnten jene Kreise, die sich auf der politisch vermeintlich «richtigen» Seite verorten. Selbst dann nicht, wenn sie Millionenschäden verursachen und Straftaten begehen. 2021 fanden in der Stadt Zürich 360 Demonstrationen statt, ein Drittel davon unbewilligt. Zwischen 2015 und 2022 sind Polizeikosten von fast 24 Mio. Franken entstanden. Allein schon der Einsatz der Stadtpolizei während einer «Klimawoche» von Extinction Rebellion hat fast 700 000 Franken gekostet. Und ein einziger Saubannerzug nach der Räumung des Koch-Areals hat Schäden von rund einer halben Million Franken verursacht. Wir reden also nicht von Lappalien. Hinzu kommen hohe volkswirtschaftliche Kosten von Demonstrationen: Umsatzeinbußen entlang von Marschrouten, Zeitverluste wegen Staus, verpasste Freizeitaktivitäten, geplante Termine und vieles mehr. Ein teures Hobby von wenigen, mit einem grossen Preisschild für alle.

Deshalb sollen künftig die verantwortlichen Personen für Ausschreitungen und Sachbeschädigungen bei illegalen Demonstrationen und Hausbesetzungen zur Kasse gebeten werden. Dies fordert mit der «Anti-Chaoten-Initiative» ein überparteiliches bürgerliches Komitee, unterstützt vom Hauseigentümerverband und dem KGV (siehe Infobox).

Eine Umfrage des Tages Anzeigers hat nämlich gezeigt, dass 4 von 5 Personen eher oder ganz der Ansicht sind, dass Schäden und Polizeikosten bei unbewilligten Demos von den Verursachern zu tragen sind. Es ist deshalb kein Zu-



Demos gab es schon immer, aber die Kosten nahmen stets zu – auch fürs Gewerbe: Antikapitalistische Woche in Zürich 1971.

fall, dass schon mein zweiter Vorstoss im Kantonsrat den Titel «Chaoten statt Steuerzahler belasten» trägt. Der Vorstoss fand 2016 zwar noch keine Mehrheit. Immerhin hat ihn der Regierungsrat aber fast wörtlich kopiert, als er einen Gegenvorschlag zur vorliegenden Initiative formuliert hat. Und siehe da, unter dem Druck dieser Initiative unterstützen plötzlich sowohl der Regierungs- wie auch der Kantonsrat die damaligen Forderungen.

Der heutige Zustand trifft das Gewerbe gleich mehrfach:

1. Das Vertrauen in den Rechtsstaat leidet. Polizeiliche Schikane für das Gewerbe auf der einen Seite, Laissez-faire auf der anderen Seite. Anstatt den Tätern bezahlen die Opfer.
2. Chaoten verursachen Einschränkungen für die Kundschaft und sorgen mit ihren unberechenbaren Aktionen für eine weiter sinkende Attraktivität der Stadt.
3. Der wütende Mob sorgt für Behinderungen bei Lieferanten und Dienstleistern.
4. Saubannerzüge zerstören immer wieder Teile von Gewerbebetrieben oder plündern sie gar.
5. Bei Hausbesetzungen ritzt die Stadt Zürich mit ihrer Praxis unverfroren die bundesrechtlich verbrieft Eigentumsgarantie. Da-

für bleiben die Steuerzahler und Eigentümer auf den Kosten sitzen.

Die Argumente der Gegnerschaft sind schwach. So sind die Befürchtungen hinsichtlich Bürokratie offensichtlich vorgeschoben. Wenn es um Unternehmen geht, kann es Ihnen nicht bürokratisch genug sein, etwa beim Betrieb eines Boulevard-Kaffees. Aber bei Demonstrationen soll man nicht einmal um eine Bewilligung ersuchen müssen, obwohl es da erst recht um die Nutzung des öffentlichen Grundes geht. Die Kantonspolizei hat zudem am Beispiel der Klimakleber gezeigt, dass man sehr wohl durchgreifen kann. Und die Stadtpolizei hat es – unter Druck – bei der Critical Mass auch gezeigt. Mit spürbarer Wirkung. Die Kostenverrechnung ist also klar umsetzbar. Zudem gilt das Recht zu demonstrieren nicht absolut. Auch andere Grundrechte und andere Rechtsgüter sind zu berücksichtigen: die Wirtschaftsfreiheit der Gewerbetreibenden, die Aufrechterhaltung der Sicherheit, der Schutz vor übermässigen Immissionen oder der öffentliche und der private Verkehr.

Die Fraktionen von SVP und FDP unterstützen deshalb die Anti-Chaoten Initiative klar. Und zusammen mit der GLP, der Mitte und der EVP natürlich auch den Gegenvorschlag.

INFO

«Anti-Chaoten-Initiative» enthält vier Kernpunkte:

Bewilligungspflicht für Demonstrationen:

Unbewilligte Demonstrationen lösen oft Polizeikosten von mehreren Hunderttausend Franken aus. Auch die volkswirtschaftlichen Kosten sind beträchtlich. Daher ist es wichtig, dass Demonstrationen stets bewilligt werden müssen.

Veranstalter illegaler Demonstrationen sollen für die Kosten geradestehen:

Bei illegalen Demonstrationen sind Krawalle und Sachbeschädigungen an der Tagesordnung. Es ist nicht in Ordnung, dass die Steuerzahler die Schäden bezahlen müssen. Wer illegale Kundgebungen durchführt, soll künftig zur Kasse gebeten werden.

Wer bewilligte Demonstrationen stört, muss für die Konsequenzen geradestehen:

Stört jemand bewilligte Demonstrationen oder Veranstaltungen und führt dies zu Sachschäden oder anderen rechtswidrigen Handlungen, müssen die Verantwortlichen für die daraus entstehenden Kosten und die Kosten des dafür notwendigen Polizeieinsatzes aufkommen.

Hausbesetzer sind zur Verantwortung zu ziehen:

Wer eine Liegenschaft illegal besetzt, muss für die Kosten aufkommen, aber auch für allfällige Polizeieinsätze haftbar gemacht werden.



Marc Bourgeois
Kantonsrat FDP,
Unternehmer und
Vorstandsmitglied
Gewerbeverein
Zürich-Ost

Warum es Pistenverlängerungen braucht

Es geht bei den Pistenverlängerungen nicht um ein angestrebtes Wachstum, sondern um mehr Sicherheit, Pünktlichkeit und Nachtruhe. Daher ein nüchterner Blick auf die Fakten und den Nutzen des Flugverkehrs.

Thomas Hess

Bei der Vorlage für die Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich vom 3. März 2024 geht es nicht um einen Projektkredit, sondern um die Frage, ob die Flughafen Zürich AG aus eigenen Mitteln eine vom Bund vorgegebene Investition vornehmen darf. Das seit dem 1. Januar 1976 unveränderte Pistensystem soll an die stark veränderten Anforderungen angepasst werden.

Bereits 2013 forderte die «Sicherheitsüberprüfung Flughafen Zürich» die Verlängerungen der Piste 28 nach Westen und der Piste 32 nach Norden als wesentliche Massnahme. Der Bundesrat hat sie im Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) festgesetzt, um die Sicherheitsmarge im Flugbetrieb zu erhöhen und die betrieblichen Abläufe zu stabilisieren. Auf den längeren Pisten kann zukünftig mit praktisch allen Flugzeugtypen und bei ungünstiger Witterung wesentlich zuverlässiger gestartet und gelandet werden. Das vermeidet Abweichungen vom Betriebskonzept, sorgt für weniger Verspätungen und damit auch für weniger Nachtflüge zum Verspätungsabbau. Das bedeutet klare Vorteile für alle: Mehr Sicherheit, mehr Pünktlichkeit, mehr Nachtruhe.

Mär der Kapazitätssteigerung

Keinen Einfluss haben die Pistenverlängerungen auf die Zahl der Flugbewegungen. Diese richtet sich nach der im SIL festgeschriebenen Kapazität und ergibt sich aus dem Hauptbetriebskonzept (Nordkonzept), das von den Pistenverlängerungen nicht betroffen ist. Die Pistenverlängerungen erhöhen nicht die Kapazität, sondern sorgen dafür, dass die im Rahmen der gegebenen Kapazität geplanten Flüge bei allen Wetterlagen verlässlicher abgewickelt werden können als heute.

Das Kapazitätsargument der Flughafengegner ist gleich in mehrfacher Hinsicht unsachlich und falsch. Denn zwischen zwei Flugzeugen muss immer ein Min-



Das seit 1976 unveränderte Pistensystem am Flughafen.

Bild PD

destabstand eingehalten werden, der von der Grösse der beiden sich folgenden Flugzeuge und den jeweiligen Luftverwirbelungen abhängig ist. Je grösser das vordere Flugzeug und je kleiner das hintere Flugzeug, desto grösser die Abstände. Mit der Länge der Piste haben diese Abstände und damit auch die Frequenz der startenden und landenden Flugzeuge respektive die Kapazität eines Flughafens nichts zu tun. So hat der Flughafen Zürich die strengsten Restriktionen aller vergleichbaren Drehkreuze in Europa. Das enge Korsett zeigt sich auch im Schweizer Vergleich: Zürich ist zwar der wichtigste und grösste Landesflughafen, Genf und Basel verzeichnen aber mehr Nachtflüge als Zürich.

Nutzen der Luftfahrt

In der Diskussion über die Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich ist oft von Lasten und selten vom Nutzen des Flugverkehrs die Rede. Das ist bedauerlich und falsch – denn der Nutzen ist ausgewiesen und so gross, dass er betont und beachtet werden muss. Anbei wird das Scheinwerferlicht auf diesen Nutzen gerichtet – mit einigen zentralen Fakten.

Der Standort, ja der Grossraum Zürich sowie die gesamte Schweiz sind auf einen funktionierenden Flughafen Zürich angewiesen. Mo-

destabstand eingehalten werden, der von der Grösse der beiden sich folgenden Flugzeuge und den jeweiligen Luftverwirbelungen abhängig ist. Je grösser das vordere Flugzeug und je kleiner das hintere Flugzeug, desto grösser die Abstände. Mit der Länge der Piste haben diese Abstände und damit auch die Frequenz der startenden und landenden Flugzeuge respektive die Kapazität eines Flughafens nichts zu tun. So hat der Flughafen Zürich die strengsten Restriktionen aller vergleichbaren Drehkreuze in Europa. Das enge Korsett zeigt sich auch im Schweizer Vergleich: Zürich ist zwar der wichtigste und grösste Landesflughafen, Genf und Basel verzeichnen aber mehr Nachtflüge als Zürich.

Wie wichtig die volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich ist, zeigt eindrücklich eine Studie des Forschungs- und Beratungsbüros Infraso vom November 2022.

Einige Kennzahlen der Studie:

- 30 000 Mitarbeitende arbeiten direkt am Flughafen Zürich – in rund 300 Unternehmen.
- Die jährliche Wertschöpfung beträgt rund 7 Milliarden Franken.
- Rund 40% der wertmässigen Exporte aus der Schweiz sind Luftfracht.
- 48% aller Warenexporte (in Tonnen) ab Zürich werden per Langstreckenflug transportiert.

Zürich und notabene der ganze Wirtschaftsraum sind global und kontinental dank des Flughafens Zürich sehr gut erreichbar. So ist etwa auch Winterthur besser erreichbar als Wien, Prag, Barcelo-



Thomas Hess
Geschäftsleiter
KMU- und
Gewerbeverband
Kanton Zürich
KGV

na, Kopenhagen, Madrid oder Stockholm. Ein klarer Wettbewerbsvorteil im schärfer werdenden Standortwettbewerb. Wirtschaft und Gewerbe sind auf einen funktionierenden Flughafen Zürich angewiesen. Dieser braucht Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit, um seine Bedeutung als Motor der Wirtschaft langfristig behalten zu können. Ein Ja zu den Pistenverlängerungen am 3. März 2024 stellt dies sicher.

Bedeutung der Fracht

Nicht nur Menschen wollen reisen – oft unterschätzt wird die Bedeutung der Fracht. Über den Flughafen Zürich werden jährlich Güter im Wert von 130 Milliarden Franken exportiert. Der Durchschnittswert pro Tonne Fracht beträgt dabei über 900 000 Franken. Zum Vergleich: Auf der Strasse beträgt der Durchschnittswert pro Tonne Fracht 9690 Franken auf der Schiene 3280 Franken. Auch dies unterstreicht: Der Flughafen Zürich als grösster Flughafen der Schweiz verbindet Zürich nicht nur mit der Welt, sondern hat darüber hinaus eine enorm wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung.

Warum ein Ja? Kurz und knapp

Um diesen wichtigen Pfeiler unseres Wohlstandes in die Zukunft zu führen, braucht es die Verlängerungen der Pisten 28 und 32. Diese vereinfachen die Anwendung der Betriebskonzepte, stabilisieren damit den Flugbetrieb und erhöhen die Sicherheit.

Werden die Pistenverlängerungen abgelehnt, zementieren wir das Pistensystem aus dem Jahr 1976 und riskieren Sicherheit und Pünktlichkeit, was letztlich auch die Wertschöpfung beeinflusst.

NEIN zu einer 13. AHV-Rente

Wir alle wissen: Auch nach der AHV-21-Reform müssen wir weiter daran arbeiten, die AHV zu stabilisieren. Diese Bemühungen torpediert nun der Gewerkschaftsbund mit seiner Volksinitiative, die für alle Rentner eine 13. AHV-Rente einführen will. Dies belastet Arbeitnehmer und -geber und ruiniert unser wichtigstes Sozialwerk.

Yvonne Bürgin

Die AHV schlittert auf ein riesiges Finanzierungsloch zu. Ab 2031 fehlen der Kasse jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe. Denn mit den Babyboomern werden so viele Menschen wie noch nie pensioniert. Ihre Renten müssen von immer weniger Erwerbstätigen finanziert werden. Diese prekäre Situation möchte die Volksinitiative, über die am 3. März abgestimmt wird, weiter verschärfen: Alle AHV-Renten sollen um 8,3 Prozent erhöht werden. Mehrkosten von über 4 Milliarden Franken pro Jahr wären die gravierende Folge.



Allen eine 13. AHV-Rente auszahlen? Das wäre ruinös fürs Sozialwerk.

Erhöhung trotz Notlage

Aufgrund der ohnehin kritischen Lage der AHV ist die Forderung nach einer willkürlichen Erhöhung der Renten unverständlich. Die Schweiz passt die AHV-Renten regelmässig an die Teuerung und die Lohnentwicklung an. Für Personen, bei denen die Altersvorsorge nicht ausreicht, werden zielgerichtet Ergänzungsleistungen bezahlt. Die Volksinitiative möchte nun eine sprunghafte Rentenerhöhung nach dem Giesskannenprinzip. Mehr noch: Die prozentuale Rentenerhöhung würde dazu führen, dass einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner am wenigsten profitieren – und die, die es nicht benötigen, am meisten.

Die Initiantinnen und Initianten der Volksinitiative verschweigen elegant, wer diesen markanten Rentenausbau finanzieren soll. Doch die Antwort liegt auf der Hand: Entweder steigen die Lohnabgaben signifikant oder die Mehrwertsteuer – oder beides.

Erwerbstätige schauen ins Glas

Der Bund berechnete, dass die Lohnabgaben per 2026 auf 9,4 Prozent erhöht werden müssten – das wäre ein Plus von 0,7 Prozent. Einem Handwerker würden dadurch pro Jahr 250 Franken im Portemonnaie fehlen. Die gleiche Summe müssten die Arbeitgeber zusätzlich in die AHV einbezahlen, und das für alle Angestellten!

Unschöne Konsequenz ist zudem, dass die Betriebe aufgrund dieser höheren Kosten gezwungen wären, den Lohndruck zu erhöhen.

Immer höhere Mehrwertsteuer

Kaum besser ist die Alternative: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Bereits auf 2024 wurde sie von 7,7 auf 8,1 Prozent erhöht. Per 2026 müsste sie weiter um ein ganzes Prozent auf 9,1 Prozent steigen. Personen mit tiefem Einkommen bemerken das besonders stark. Diese ständigen Erhöhungen dämpfen die Konsumentenstimmung und treffen damit natürlich auch die Wirtschaft, insbesondere viele KMU. Und schliesslich bezahlt auch der Bund gemäss Ver-



teilschlüssel einen Fünftel der AHV-Kosten. Zusätzlich zu Mehrwertsteuer und Lohnabgabe müsste jedes Jahr rund eine Milliarde Franken aus dem Bundeshaushalt abgeschöpft werden. Dieses Geld muss er anderenorts einsparen oder die Steuern erhöhen.

Mehr Geld für reiche Rentner?

Eine zusätzliche Belastung für Unternehmen und Erwerbstätige ist bei der Annahme unumgänglich. Besonders zynisch muten diese Kosten an, zumal die grosse Mehrheit der Pensionierten bereits heute finanziell gut dasteht. Eine Studie von Swiss Life zeigt: Rund 80 Prozent der Rentnerinnen und Rentner geben gleich viel oder sogar weniger aus als das, was sie über die Altersvorsorge einnehmen und können Geld zur Seite legen. Ältere Menschen haben zudem ein klar grösseres Vermögen als etwa Familien mit Kindern. Den gut situierten Rentnerinnen und Rentnern also auf dem Buckel von Arbeitnehmern- und -gebern noch mehr ausbezahlen, gilt es zu verhindern.

«Die erste Säule steht vor dem Ruin»

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen fordert die sichere und nachhaltige Finanzierung der AHV. Dafür soll das Rentenalter bis 2032 für beide Geschlechter auf 66 Jahre erhöht und anschliessend an die Lebenserwartung geknüpft werden. Die AHV-21-Reform greift zu kurz, findet das Initiativkomitee. Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, stellt sich im Interview den Fragen zur Vorlage.

Interview

Gabrielle De Simone

Matthias Müller, weshalb haben Sie die Renteninitiative lanciert?

Müller: Die Renteninitiative hat zum Ziel, dass auch die nachkommenden Generationen eine anständige Rente erhalten. Fakt ist: Die erste Säule steht vor dem finanziellen Ruin. Ab 2030 schreibt die AHV bereits rote Zahlen. Dies ist auf den demografischen Wandel, also die zunehmende Alterung der Bevölkerung, zurückzuführen. Die Babyboomer-Generation wird demnächst in den Ruhestand gehen, während die Anzahl der AHV-Beitragszahler deutlich abnimmt. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Von 6 Steuerzahlern pro Rentner im Jahr 1948 – bei der Einführung der AHV – sind wir heute auf 3,2 Steuerzahler gesunken und laufen Gefahr, bis 2050 auf 2,1 zu sinken. Die Finanzierung der Renten ist in Gefahr! Wir wollen, dass auch die jüngeren Generationen im Ruhestand Anspruch auf angemessene Renten haben.

Was fordert die Initiative konkret?

Müller: Die Initiative fordert grundsätzlich die Entpolitisierung des Rentenalters. Zuerst würde das Referenzalter bis 2033 für beide Geschlechter auf 66 Jahre angehoben werden. Anschliessend würde das Rentenalter entsprechend der Entwicklung der Lebenserwartung angehoben – bzw. gesenkt – werden. Das macht Sinn, da das eigentliche Problem der Rentenfinanzierung ein demografisches ist. Zudem ist es ein Mechanismus, den viele unserer Nachbarländer bereits eingeführt haben und die AHV würde damit dauerhaft entlastet werden.

Isst es nicht aussichtslos, ein höheres Rentenalter unmittelbar



«Die Finanzierung der Renten ist in Gefahr»: Matthias Müller.

Bild PD

nach der Annahme der AHV-21-Reform vorzuschlagen, mit der das Rentenalter für Frauen bereits angehoben wurde?

Müller: Die AHV-21-Reform wurde angenommen, und zwar zu Recht. Sie sorgt bis 2030 für eine vorübergehende finanzielle Entlastung der ersten Säule. Ab 2030 wird sich die Finanzierungsfrage jedoch erneut stellen. Die Erhöhung des Rentenalters erscheint, wenn man die Zahlen genau betrachtet, logisch. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 lebten Männer im Schnitt etwa 12 Jahre, wenn sie in Rente gingen. Heute leben sie etwa 20 Jahre, nachdem sie in Rente gegangen sind. Das ist erfreulich, bedeutet aber auch, dass während all dieser zusätzlichen Jahre, eine Rente gezahlt werden muss.

Es gibt eine regelrechte Zahlenschlacht um die Finanzierung der AHV. Wie sieht es konkret aus?

Müller: Der Befund ist eindeutig. Laut dem Bundesamt für Sozialversicherungen und dem Bun-

«Unsere Initiative ist alles andere als unsozial, da sie darauf abzielt, die erste Säule zu retten, die das Existenzminimum insbesondere der Ärmsten sichern soll.»

Matthias Müller

Präsident JFDP Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Schweiz und Zürich

desamt für Statistik wird das kumulierte Verteilungsdefizit der AHV ohne Reform bis 2050 rund 120 Milliarden Franken betragen. Dies entspricht dem Bau von zehn Gotthardtunneln. Wir können

uns nicht verschulden und die Last dieser Schulden den künftigen Generationen aufbürden. Das ist unverantwortlich!

Gibt es keine anderen Lösungen als eine Erhöhung des Rentenalters?

Müller: Man könnte eine Steuererhöhung über die Mehrwertsteuer in Betracht ziehen, aber das ist meiner Meinung nach sehr unpassend. Die Bevölkerung leidet bereits unter unzähligen Erhöhungen und verliert an Kaufkraft. Ausserdem müsste die Mehrwertsteuer um mindestens 2,2 Prozentpunkte erhöht werden, um diese Schulden zu begleichen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um mehr als 10 % ist unhaltbar.

Einige bezeichnen Ihre Initiative unsozial, insbesondere bei körperlich stark beanspruchenden Berufen wie im Baugewerbe. Was sagen Sie dazu?

Müller: Die Initiative ermöglicht weiterhin die nötige Flexibilität für körperlich anstrengende Berufe. Das Rentenalter für diese Branchen wird oft durch Gesamtarbeitsverträge geregelt. Die Festlegung des Rentenalters würde weiterhin zwischen den betroffenen Akteuren vereinbart werden. Auch allgemein ist unsere Initiative alles andere als unsozial, da

■

Anzeigen

Ihre Partneragentur im Herzen von Zürich

persönlich | seriös | kompetent

Löwenstrasse 25
8001 Zürich

+41 44 534 19 50
+41 79 774 00 84

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme

Kathrin Grüneis

freieherzen.ch



Unkompliziert vorsorgen

Pensionskasse BonAssistus



Ob junger Kleinbetrieb oder etabliertes Unternehmen – bei uns sind Sie in guten Händen:

- Beratung durch Ihre persönliche Ansprechperson
- Unkomplizierte und kundennahe Verwaltung
- Anschluss ab einer zu versichernden Person
- Monatliche Beitragszahlungen möglich

Kontaktieren Sie uns, wir beraten Sie gerne.

Ruth Dill
Geschäftsführerin
Tel. 044/947 15 15
ruth.dill@bonassistus.ch
www.bonassistus.ch

Winterkonferenz: EU, Arbeitsmarkt und Gen Z

Die KMU-Tagung «sgv-Winterkonferenz» im bündnerischen Klosters fand Mitte Januar zum 74. Mal statt. Durchsetzt waren die Voten und Referate stets von einem Dauerthema: der Akademisierung, die den KMU Fachkräfte entzieht.

Mark Gasser

Mit der Botschaft, das Gewerbe sei gestärkt aus dem Wahljahr hervorgegangen, eröffnete Fabio Regazzi, Mitte-Nationalrat und Präsident des schweizerischen Gewerbeverbands (sgv), die 74. Gewerbliche Winterkonferenz in Klosters. In bevorstehenden Abstimmungskämpfen werde die Stärke und Durchsetzungskraft des sgv gefragt sein – etwa bei der Mediensteuer für Radio und Fernsehen, aber auch unmittlbarer bei Vorlagen wie der 13. AHV-Rente am 3. März, ein «Prestigeprojekt» der Linken.

Die Winterkonferenz war in der Folge geprägt vom Leitthema «Erfolgsfaktoren der KMU» – und von einigen Ökonomen, die an Kritik am wachsenden Staatsapparat nicht sparten. Einer von ihnen: Prof. Dr. Christoph Schaltegger. Der Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern zeigte sich in seinen Gedanken zu den «Erfolgsfaktoren der Schweiz» angrifflich: «Ein zerrütteter Staatshaushalt passt nicht zu einer gesunden Volkswirtschaft.» Für ihn sei das Wesentliche am Staat die Finanzpolitik. «Sie ist die Stärke und Schwäche eines Staates, verdichtet auf das wesentliche.»

Die Schweiz habe ein Ausgabe-Problem. «Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.» Die Schuldenbremse habe die Ausgabenlust des Parlaments zwar etwas gebremst, sie sei aber kein Allerheilmittel. «In der schnellen Demokratie reicht alleine das Versprechen. Morgen überprüft niemand

mehr die alten Versprechen.» Rund 30 000 Franken pro Jahr fliessen pro Kopf an die verschiedenen Staatsebenen – der höchste Wert pro Person weltweit. Seit 1990 haben sich die Bundesausgaben für soziale Wohlfahrt vervielfacht. Problemlos liessen sich auch ohne Reformwürfe 2 Milliarden Franken an Subventionen einsparen. Ebenso müssten Staatsausgaben in Form von Lohnzessen im Staatssektor gekürzt werden.

Von Generation Z bis Ü50

Yannick Blättler, Gründer und CEO der Krienser Unternehmensberatungsfirma NEOVISIO AG, stellte anschliessend die Herausforderungen im Umgang mit der Generation Z vor, den Jahrgängen 1997 bis 2012. Er berief sich unter anderem auf eine Arbeitsumfrage von NEOVISIO. «Der Arbeitsmarkt spielt den Jungen, ob es uns passt oder nicht, in die Hände.» Es sei eine Generation mit einem starken Wunsch nach Selbstverwirklichung, mentaler Gesundheit und Klarheit im Leben. Dadurch leiteten sich Ansprüche ab wie Sinnsuche und Visionen, Flexibilität, klare Zielvereinbarungen, eine schnelle Weiterentwicklung, Work-Life-Integration, inspirierende Führung und psychologische Sicherheit. «Wohlstand ist normal für die Gen Z, Selbstverwirklichung und mentale Gesundheit ihr Ziel, Social Media ihr Antrieb», stellte Blättler fest. Vor allem letztere bewirkten viel Druck auf die junge Generation. So machten sich schweizweit 53 Prozent Sorgen über mentale Gesundheit, dazu



Im Uhrzeigersinn: Bankett (mit KGV-Beteiligung), Berufswelt und Generation Z, Bundesrat Ignazio Cassis und sgv-Präsident Fabio Regazzi und Diskussion über Bilateralen.

gehört: Arbeitsbelastung, Leistungsdruck in der Bildung, oder «fear of missing out».

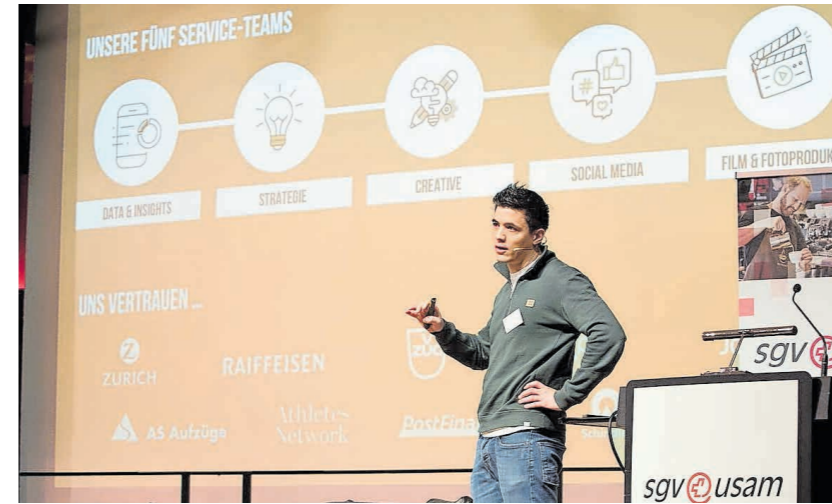
Probleme müssten daher auch aus KMU-Sicht anders gelöst, Inhalte anders vermittelt werden. «Sprecht mit den Leuten: Die 22-Jährige versteht etwas anderes unter Flexibilität als der 55-Jährige.» Blättler forderte von den Unternehmen und Verbänden mutiges Voranschreiten als «Change Champions» mit stetiger Offenheit und psychologischer Sicherheit. «Gebt den Jungen so viel Freiheit, aber auch so viel Klarheit wie möglich.»

Benjamin Hügli, Head of Sales von der ManpowerGroup, die vor allem im Temporärbereich tätig ist, stellte die heute auf dem Arbeitsmarkt geforderten Top 5 Soft Skills vor: Kollaboration und Teamwork, Zuverlässigkeit, Lösungsorientiertheit, Kreativität und Begeisterungsfähigkeit. Mehr Arbeitsflexibilität und mentale Fitness haben Priorität, die Trennung von Arbeit und Zuhause, die Kultur am Arbeitsplatz, und Mitsprachemöglichkeiten sind grosse Trends für Arbeitnehmer. Angesichts dieser Bedürfnisse spüre er seitens der Arbeitgeber eine gewis-

se «Lethargie im Markt», meinte Hügli. So müsse man Talentpools fokussieren, die bislang weniger Beachtung hatten: ältere Mitarbeiter, die das Recruitment aber wenig priorisiere. Gemäss einer Manpower-Studie zur «Silver Workforce» haben es auch die Ü50-Mitarbeiter selber bislang etwas verschlafen, sich weiterzubilden. Und die Frage sei berechtigt: Haben die Unternehmen einen Plan, wie sie diese und ihre Key Skills in den nächsten fünf Jahren (aufgrund der Babyboomer-Pensionierungen) ersetzen wollen? Hüglis Folgerung: Jeder kann ein Talent sein. «Seien wir doch etwas flexibler, wen wir als Talent betrachten.»

Fachkräftemangel

Welche möglichen Lösungen gibt es für KMU rund um das Problem des Fachkräftemangels? Um diese Frage ging es am späteren Donnerstagnachmittag in Klosters. Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), brach eine Lanze für die Personenfreizügigkeit – und die Zuwanderung: «Das Stellenwachstum übersteigt das demografische Potenzial der



Schweiz. Die Differenz geht in die Zuwanderung.» Ein Stopp des Beschäftigungswachstums würde aus seiner Sicht dem Geschäftsmodell der Schweiz schaden.

Der Ökonom Reiner Eichenberger, ein bekannter Kritiker der Personenfreizügigkeit und der Zuwanderung, sezitierte dann einige Aussagen von Zürcher. Durch stetige Zuwanderung herrsche in zahlreichen Bereichen auch stetig Knappheit und Mangel – der Fachkräftemangel sinke nur, wenn keine Knappheit herrsche. Die Personenfreizügigkeit garantiere sogar eine «permanente Zuwanderung», solange die Schweiz reicher sei als umliegende Länder. «Das heisst, wir sind permanent am Anschlag.» Das Wachstum schaffe Druck auf Land, Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie Umweltziele. Vor allem grosse Firmen mit «Marktschutz» wie eine UBS oder Grossverteiler wie Coop profitierten enorm von der Zuwanderung, da nicht einfach neue grosse Player auftauche. Spitzenfunktionäre in grossen Verbänden und auch in der Politik profitierten ebenso. Zuwanderung bringe Vitamin 3B:

«Budget, Bedeutung, Boni». Was sind also Rezepte dagegen? Eichenberger schlug unter anderem «einen Vielarbeitsabzug bei den Steuern» vor, damit es sich wieder stärker lohnt, (viel) zu arbeiten. Als weiteren Lösungsansatz sieht er eine tiefere Besteuerung des Einkommens von Alten, damit diese freiwillig länger arbeiten. Um die Zuwanderung klug zu len-

«Der Arbeitsmarkt spielt den Jungen in die Hände, ob es uns passt oder nicht.»

Yannick Blättler
Unternehmensberater

ken, plädiert er zudem für einen «Aufenthaltspreis» – eine Art «Kurtaxe» von beispielsweise 5000 Franken. Das würde aber die EU-Freizügigkeit verletzen.

Gegen die Akademisierung

Mehrere Podien mit Unternehmern und Politikern bereicherten die Winterkonferenz. Vier Unternehmer und Verbandsvertreter aus den Branchen Holzbau, IT,

Fahrrad und Elektro, stellten einige Best-Practice-Beispiele bei der Rekrutierung vor. Der Tenor: Wenn man wachsen wolle, müsse man die Flexibilisierung an die Hand nehmen – sei das als Viertagewoche, Remote Work oder in anderer Form. «Die Hürden müssen tief sein und der Stellenwert, das Ansehen des Handwerks muss hoch sein», war ein Votum.

Immer wieder war die «Akademisierung» Thema. Bei einem weiteren Podium diskutierten einige Vertreter von Branchenverbänden über «gute Arbeitsbedingungen» und den Umgang mit dem Fachkräftemangel. So meinte Casimir Platzer von GastroSuisse: «Der Staat ist schuld an der Akademisierung, weil er die Akademiker anstellt. Ausserdem nehmen er und die staatsnahen Betriebe uns die Leute weg.» Weitere Treiber des Fachkräftemangels sind aus seiner Sicht der demografische Wandel, der Wohlstand, Frühpensionierungen und Teilzeitarbeit. Marcel Voyame, Geschäftsführer Verband Sonnenschutz und Storenteknik Schweiz, schilderte die Massnahmen seines Verbands, um den Beruf attraktiv zu gestalten. So wurde die Ausbildung komplett neu gestaltet. Doch sei es nun die Aufgabe, zu transportieren, «dass es die coolste Branche ist». Dabei sprach er vielen Branchen aus dem Herzen.

Gemeinsam mit Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Die Mitte) und Nationalrat Samuel Jauslin (FDP) diskutierten Grünenfelder und Rietiker danach über «Sinn und Unsinn der Bilateralen» und über das neu aufgelegte Rahmenabkommen.

«Ich schaue Ihnen in die Augen und sage: Es gibt keine fremden Richter.» Das antwortete Bundesrat Ignazio Cassis auf eine Frage aus dem Publikum. Der Vorsteher des EDA hielt zum Abschluss der Winterkonferenz in Klosters eine Keynote. Der Hauptinhalt: Das Verhandlungsmandat zwischen der Schweiz und der EU, welches der Bundesrat Mitte Dezember verabschiedet und in Konsultation gegeben hat.

Beziehungen Schweiz-EU

Der Freitag stand in «Klosters» im Zeichen der Beziehungen der Schweiz mit der EU. Kommt die Schweiz um Europa herum? Stephan Rietiker, Arzt, Unternehmer und Präsident von Pro Schweiz, beleuchtete die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU vor dem Hintergrund neuer globaler Entwicklungen. «Neue Staatengruppen, Netzwerke und Allianzen gegen die US-Dominanz gewinnen zunehmend an Dynamik.» Die westlich geprägte Ordnung werde vermehrt infrage gestellt. Die krisengeschüttelte EU verliere zunehmend an Gewicht, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. «Die Schweiz sollte sich in Anbetracht dieser unsicheren und volatilen Entwicklungen wirtschaftlich und politisch mehr diversifizieren», fand Rietiker. Er plädierte für eine möglichst hohe Autarkie statt eines Röhrenblicks

auf die EU. Und im Hinblick auf das neu aufgelegte Rahmenabkommen, bei dem Unternehmer und Vertreter der KMU aus seiner Sicht mitreden sollten, verwies er auf die Alternative, mit einzelnen Ländern zu arbeiten, «ohne sich vereinnahmen zu lassen». «Switzerland first» müsse die Devise lauten.

Peter Grünenfelder, Präsident des Automobil-Importeuren-Verbands auto-schweiz, widersprach Rietiker und Eichenberger. Er verwies auf die Handelsbilanz mit der EU und zitierte eine Studie von 2019, wonach über 45 Prozent der Unternehmen die Personenfreizügigkeit und EU-Arbeitskräfte als bedeutend für den Erfolg des eigenen Unternehmens betrachteten. Gegen die Formel «Switzerland first» spreche auch, dass Grossmächte wie die USA ökonomisch weniger abhängig vom Ausland seien als der «Globalisierungschampion» Schweiz.

Gemeinsam mit Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Die Mitte) und Nationalrat Samuel Jauslin (FDP) diskutierten Grünenfelder und Rietiker danach über «Sinn und Unsinn der Bilateralen» und über das neu aufgelegte Rahmenabkommen.

«Ich schaue Ihnen in die Augen und sage: Es gibt keine fremden Richter.» Das antwortete Bundesrat Ignazio Cassis auf eine Frage aus dem Publikum. Der Vorsteher des EDA hielt zum Abschluss der Winterkonferenz in Klosters eine Keynote. Der Hauptinhalt: Das Verhandlungsmandat zwischen der Schweiz und der EU, welches der Bundesrat Mitte Dezember verabschiedet und in Konsultation gegeben hat.

Der Bundesrat werde die Stellungen bei seiner endgültigen Entscheidung über das Verhandlungsmandat berücksichtigen, die bis März erfolgen werde. Es gehe in den kommenden Verhandlungen darum, aus Landezonen nun Landepunkte zu definieren. Das Verhandlungsergebnis gehe wiederum in die Konsultation, und werde auch dem Parlament vorgelegt. «Dann kommt es vors Volk», erklärte Cassis grob den Ablauf.

Lesen Sie mehr online zum Thema
Weitere Bilder sowie ausführliche Berichte über die Podien auf: zuercher-wirtschaft.ch



„Die 13. AHV-Rente führt zu **höheren Lohnabgaben** und belastet die Arbeitnehmer und -geber.“

Bruno Walliser
Nationalrat SVP

www.ahv-13-nein.ch

Zürcher Komitee, Oberdorfstrasse 32, 8001 Zürich

13. AHV-Rente
NEIN

Anzeige



Am 3. März 2024

teure Uferinitiative
NEIN



Allianz gegen die Uferinitiative nein-uferinitiative.ch

Das Bauhandwerkerpfandrecht

Das Bauhandwerkerpfandrecht gewährt dem Unternehmer einen gesetzlichen Anspruch auf Errichtung eines Pfandrechts gegenüber dem jeweiligen Eigentümer des bebauten Grundstücks. Nachfolgend sollen die Voraussetzungen und das Verfahren für die Eintragung dieses speziellen Pfandrechts näher beleuchtet werden.

Rolf Ringger

Das Bauhandwerkerpfandrecht («BHP») dient der Sicherung der unbezahlten Werklohnforderung des Unternehmers. Geregelt ist das BHP im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Art. 837 - 841). Auf das Pfandrecht kann nicht im Voraus verzichtet werden und es entsteht erst mit dessen Eintragung im Grundbuch.

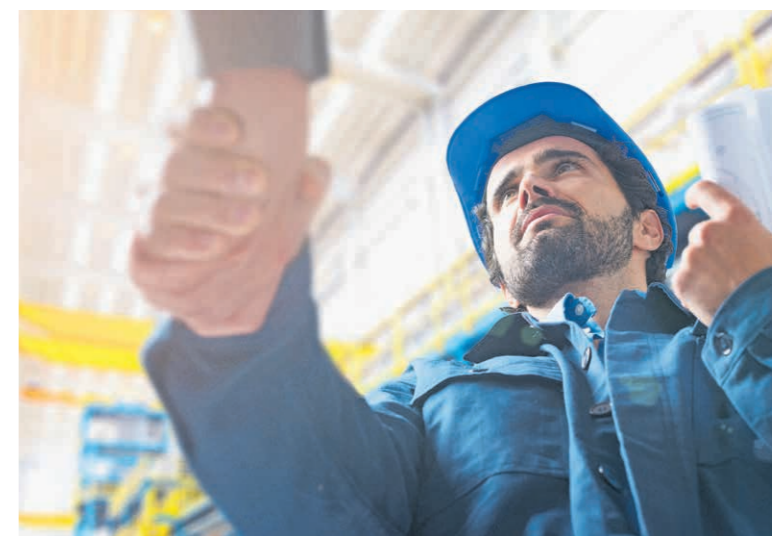
Werkvertrag

Grundlage und Ausgangspunkt für jedes BHP ist ein Werkvertrag. Zudem muss eine noch nicht erfüllte Forderung aus dem Vertrag gegeben sein. Auch wenn der Unternehmer nicht direkt mit dem Grundeigentümer den Vertrag abschliesst, sondern als Subunternehmer eines General- oder Totalunternehmers auftritt, besteht Anspruch auf Errichtung des BHP, und dies unabhängig, ob der Grundeigentümer seinerseits den General- oder Totalunternehmer bezahlt hat.

Wird hingegen der Werkvertrag mit einem Mieter oder Pächter abgeschlossen, besteht der Anspruch nur dann, wenn der Grundeigentümer den Arbeiten zugestimmt hat. Beweispflichtig hierfür ist der Unternehmer. Die Zustimmung kann mündlich oder schriftlich erfolgen, aber auch konkludent erteilt werden, indem der Grundeigentümer bei ihm bekannten Bauarbeiten nicht einschreitet.

Geschützte Leistungen

Welche Leistungen pfandrechtlich sind, definiert das Gesetz. Geschützt sind Lieferungen von Material und Arbeit oder von Arbeit allein. Die Tätigkeit muss das belastende Grundstück betreffen und der Erstellung einer Baute oder eines anderen Werkes gedient haben. Im Gesetz ausdrücklich erwähnt sind zudem die folgenden, nicht abschliessend aufgeführten Leistungen: Abbruch-, Gerüstbau- und Baugrubensicherungsarbeiten.



Grundlage jedes Bauhandwerkerpfandrechts ist ein Werkvertrag.

Blosse Materiallieferungen sind nur dann geschützt, wenn sie dem konkreten Bauwerk individuell angepasst und damit spezifisch auf genau dieses ausgerichtet sind. Die blosse Lieferung von vertretbaren Sachen, wie von Kies, Normtüren oder Backsteinen stellt deshalb keine pfandgeschützte Leistung dar. Keinen Anspruch auf ein BHP geben auch intellektuelle Leistungen, wie jene von Architekten, Planern und Ingenieuren.

Eintragungsfrist

Die Eintragung eines BHP ist befristet. Die Frist beginnt mit dem Abschluss des Werkvertrages und endet vier Monate nach Vollendung der Arbeiten. Die Arbeiten sind vollendet, wenn der Unternehmer alle vereinbarten Leistungen erbracht hat. Geringfügige oder nebensächliche Arbeiten zählen nicht dazu. Gleiches gilt für allfällige Verbesserungs- und Garantiarbeiten. Wichtig ist ferner, dass das BHP innert der vorgenannten Frist im Grundbuch eingetragen sein muss. Nur ein gerichtliches Verfahren innert dieser Frist einzuleiten, genügt nicht.

Zum Verfahren

Verweigert der Eigentümer des zu belastenden Grundstücks die für die Anmeldung des BHP beim

Grundbuchbeamten erforderliche Mitwirkung, muss der Unternehmer seinen Anspruch auf Feststellung der Pfandsumme und Eintragung des BHP zuerst vor Gericht bringen. Da in aller Regel ein BHP erst nach Vollendung der Arbeiten geltend gemacht wird, reicht die viermonatige Frist nicht aus, um eine definitive Eintragung zu erwirken. Dem Gericht wird deshalb regelmässig ein Gesuch um vorläufige Eintragung eingereicht, was zulässig ist. Und bei besonderer zeitlicher Dringlichkeit, d.h. bei drohendem Fristablauf kann das Gericht die vorläufige Eintragung des Pfandrechts auch superprovisorisch, d.h. ohne vorgängige Anhörung des Grundeigentümers anordnen. Hierfür ist jedoch ein ausdrücklicher Antrag des Unternehmers erforderlich.

Beim Verfahren um vorläufige Eintragung handelt es sich um ein schnelles Verfahren (sog. Summarverfahren), bei welchem der Unternehmer seinen Anspruch noch nicht vollständig beweisen, sondern nur glaubhaft machen muss. Heisst das Gericht den Antrag gut, weist es das Grundbuchamt an, das BHP vorläufig einzutragen. Gleichzeitig wird dem Unternehmer Frist angesetzt, um beim Gericht in einem ordentlichen Verfahren auf definitive Feststellung der Pfandsumme und Eintragung



des BHP zu klagen. Wird auch diese Klage gutgeheissen, wird das BHP definitiv eingetragen und ist in diesem Umfang die Werklohnforderung des Unternehmers pfandgesichert. Damit ist aber nicht gleichzeitig auch festgestellt, dass der Werklohn tatsächlich geschuldet ist. Wird die Werklohnforderung nicht anerkannt, muss sie der Unternehmer gegen seinen Vertragspartner, der mit dem Grundeigentümer nicht identisch sein muss, in einem weiteren, separaten Gerichtsverfahren durchsetzen, bevor er gegebenenfalls das Pfandrecht in Anspruch nehmen kann.

Für die Eintragung des BHP zuständig ist das erstinstanzliche Gericht am Ort, wo das Grundstück im Grundbuch eingetragen ist. Verfügt ein Kanton - wie Zürich - über ein Handelsgericht, ist dieses bei gegebenen Voraussetzungen zuständig.

Einzuklagen ist der Grundeigentümer des betroffenen Grundstücks. Besonderheiten bestehen bei zu Stockwerkeigentum aufgeteilten Liegenschaften. Hier sind die Leistungen je nachdem, ob sie spezifisch nur für einzelne Stockwerkeinheiten oder für gemeinschaftliche Teile erbracht wurden, nach unterschiedlichen Schlüsseln auf die einzelnen Stockwerkeinheiten aufzuteilen. Eine Belastung des Stammgrundstücks ist grundsätzlich nicht möglich. Der beklagte Grundeigentümer kann die Eintragung eines BHP dadurch verhindern, dass er eine anderweitige hinreichende Sicherheit leistet.

Die Geltendmachung des BHP ist mit zahlreichen Fallstricken behaftet. Bei komplexeren Fällen empfiehlt es sich deshalb, anwaltliche Unterstützung zu beanspruchen.

Wirtschaftsausblick 2024

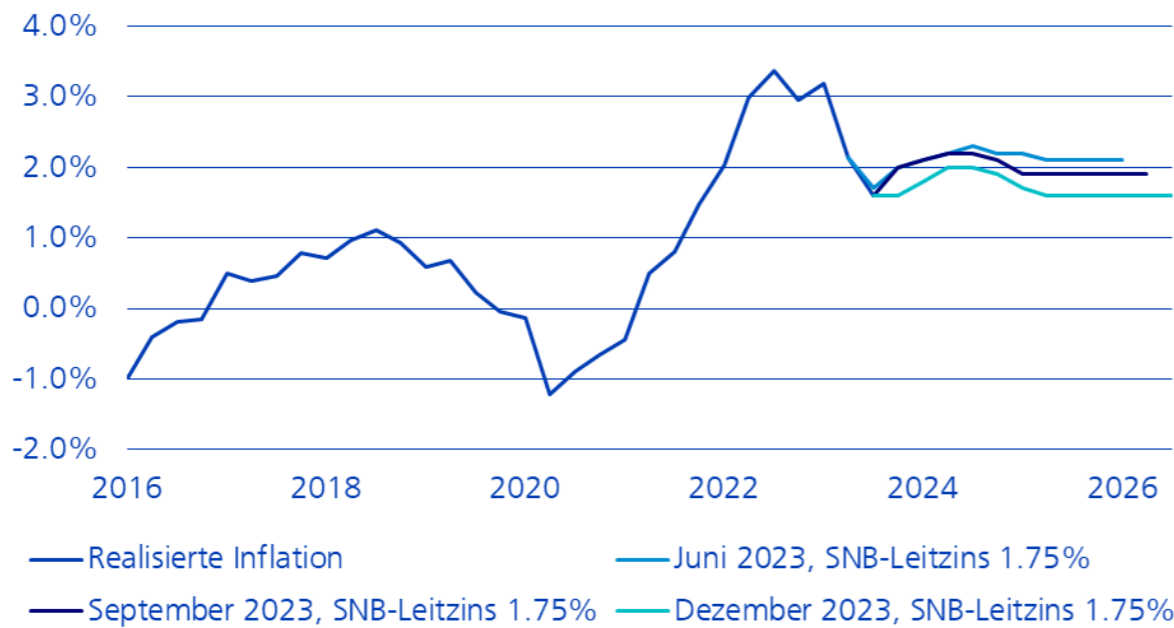
Wie entwickeln sich die Märkte und was sind die Auswirkungen auf Zürcher KMU? Dr. David Marmet, Chefökonom Schweiz der Zürcher Kantonalbank, gibt einen Ausblick.

David Marmet

Seit dem Ende der Coronapandemie haben zwei Trends den Wirtschaftsgang der KMU geprägt. Erstens führte der grosse Nachholbedarf der Konsumenten zu einem markanten Wirtschaftsaufschwung. Der hohe Auftragsbestand liess sich nur mit zusätzlichen Stellen bewältigen, was wiederum zum Problem Nr. 1 für die KMU führte – dem Fachkräftemangel. Zweitens stieg die Inflation überraschend stark an. Die Zentralbanken mussten entscheiden reagieren – und sie taten es auch. So erhöhte die Schweizerische Nationalbank (SNB) innerhalb eines Jahres ihren Leitzins um 250 Basispunkte, was unter anderem verschärfte Kreditkonditionen für KMU nach sich zog.

Fachkräftemangel

Wie geht es weiter? In diesem Jahr wird weder die Inflation noch der Fachkräftemangel die gleiche Intensität entfalten wie in der jüngeren Vergangenheit. Die internationale Konjunktur-entwicklung stellt die Schweizer Unternehmen vor grosse Herausforderungen. Angesichts der stärksten Leitzinserhöhungen seit über 40 Jahren wird das globale Wirtschaftswachstum unterdurchschnittlich ausfallen. Die Eurozone und die USA werden in der ersten Jahreshälfte eine milde Rezession durchlaufen. Ab Mitte Jahr rechnen wir indes mit einer Erholung der globalen Konjunktur. Die Schweizer Warenexporte dürften vorerst noch harzen und das verarbeitende Gewerbe kann die rezessiven Tendenzen zunächst nicht abschütteln. Im Laufe des Jahres wird sich aber die Lage in der Industrie aufhellen. Der Dienstleistungssektor ist vom schwachen globalen Wachstum weit weniger



SNB-Prognose: Inflation bleibt innerhalb des angepeilten Zielbandes.

Quellen: SNB, Zürcher Kantonalbank

betroffen, zumal die Zuwanderung in die Schweiz auch in diesem Jahr mit rund 90 000 Personen überdurchschnittlich hoch sein wird und dies den privaten Konsum entsprechend stützt. Insgesamt wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Schweiz 2024 ansehnlich ausfallen, ist unsere Gesamtwirtschaft doch immer weniger vom Konjunktur- und Sonderfaktoren wie sportliche Grossereignisse, Transit- und Goldhandel, aber natürlich auch der starke Pharmasektor einen ansehnlichen Teil zum BIP bei.

Trotz ansehnlichem BIP-Wachstum kommt das bisher dynamische Beschäftigungswachstum zu einem Ende. Wie Umfragen jüngeren Datums zeigen, planen immer weniger Unternehmen, ihren Personalbestand zu erhöhen. Aber auch eine Reduzierung der Belegschaft ist bei den wenigsten Firmen auf der Agenda. Die Arbeitslosenrate wird in diesem Jahr verhalten steigen, die Zahl der offenen Stellen wird zurückgehen und der Fachkräftemangel wird sich konjunkturbedingt leicht abschwächen. Verschwinden wird er aber nicht, da die geburtenstarken Jahrgänge (Babyboomer) auch in den nächsten Jahren in Rente gehen – und die erfahrenen Arbeits-

kräfte nicht friktionslos ersetzt werden können.

Zinshohebene erreicht

Von der Zinsfront kommen ebenfalls Entspannungssignale. Lag die Schweizer Inflation im Februar 2023 noch bei satten 3,4%, ist sie im Laufe des Jahres überraschend stark gefallen. Insbesondere die angebotsinduzierte Inflation – Stichwort Lieferengpässe – hat sich massiv abgeschwächt. Und die nachfrageinduzierte Inflation bleibt verhalten. Gemäss Unternehmensumfragen dürften die Löhne 2024 im Durchschnitt um 2% steigen. Das reicht nicht, um die Lohn-Preis-Spirale in Gang zu bringen. Die SNB hat diesen Entwicklungen an ihrer geldpolitischen Lagebeurteilung von Mitte Dezember 2023 bekanntlich Rechnung getragen und den Leitzins unverändert bei 1,75% belassen. Indes hat die Notenbank ihre bedingte Inflationsprognose nach unten angepasst (Grafik). Für 2024 rechnet sie mit einer Inflationsrate von 1,9%. Zudem verharrt die Teuerung über den gesamten Prognosehorizont innerhalb des von der SNB angepeilten Ziels zwischen 0% und 2%. Dementsprechend sind Zinserhöhungen vom Tisch. Da die Schweizer Inflation aber aktuell in Gänze durch den Anstieg inländischer Güter-

und Dienstleistungspreise getrieben ist, stehen auch keine unmittelbaren Zinssenkungen an, zumal der Leitzins in der Schweiz im Gegensatz zu anderen wichtigen Industrieländern nicht im restriktiven Bereich liegt. Hinzu kommt, dass merkliche Zinssenkungen die Verwundbarkeiten des Hypothekar- und Immobilienmarktes erhöhen dürften – ein Szenario, das dem SNB-Direktorium in der Vergangenheit Sorgen bereitet hatte. Wir erwarten die erste Zinssenkung daher im zweiten Halbjahr 2024. Dies wird nicht zuletzt notwendig sein, um zumindest den Aufwertungsdruck des Schweizer Frankens zu dämpfen.

Jetzt neu: «KMU aktuell»
Interessiert an regelmässigen Wirtschaftsinformationen für Unternehmen? Dann ist der neue Newsletter «KMU aktuell» der Zürcher Kantonalbank genau das Richtige. In jeder Ausgabe nimmt David Marmet, Chefökonom Schweiz bei der Zürcher Kantonalbank, den «KMU Wirtschaftsausblick» vor und liefert Antworten auf Fragen zu Konjunktur, Zinsen oder Exportwirtschaft. Abonnieren Sie «KMU aktuell» noch heute unter www.zkb.ch/kmu-aktuell.



Party ohne Kater? Treibhausgase absaugen, basta!

KOLUMNE
LUDWIG HASLER



Neujahrsvorsatz durchgehalten? Null Alkohol im Januar? Ganz nach dem Motto der Zeit: Genuss ja – aber mit Mass! Vor zehn Jahren gab eine Pille zu reden, die soll uns berauschen, als hätten wir zwei Flaschen Bordeaux getrunken – bloss ohne die üblichen Lästigkeiten danach. Der britische Pharmakologe David Nutt mixte sie, sie schaltet unser Hirn alkoholfrei auf Trunkenheitsmodus. Mit im Set die Ausnüchterungspille, die uns «sofort wieder normal» werden lässt. Ein Rausch sozusagen mit On- und Out-Knopf, null Risiko. Pharma als Produzentin reuelosen Glücks. Im Handel erhältlich immerhin: die Fettwegspritze. Dank Wegovy, dem Adipositas-Medikament, schlaffen wir grenzenlos – und bleiben fit und schlank. Es geht also doch noch voran mit der Zivilisation. Die Menschen vor uns mussten wählen zwischen Ekstase und Askese – keine

Sünde ohne Reue. Wir feiern Party ohne Kater. Funktioniert das auch gesellschaftlich? Befreit uns Technik von den Sorgen um die Folgen unserer exzessiven Lebensart? Schon gehört von der Motte «Galleria mellonella»? Sie frisst Wachs – und Plastik, was kein Wunder ist, denn Wachs ist eine natürliche Art von Plastik, chemisch ähnlich dem Polyethylen. Also: Motten züchten – und fröhlich weiter mit dem Plastikmüll. Dito Bienensterben: Japanische Forscher bestäuben Pflanzen mit Seifenblasen; hapert noch, doch wir glauben gern daran. Erst recht glauben wir ans Entsorgen der Treibhausgase. Zurücksaugen, basta! Carbon-schlürfer holen Kohlendioxid aus der Luft, pumpen es in Gewächshäuser, quasi als Pflanzentreiber, lagern es in grossen Mengen im Meeresboden ein. Technisch machbar. Als besonders sicher gilt die Speicherung in basischem Gestein wie Basalt. Leitet man das Gas dort samt Wasser in die Tiefe, ändert es seinen Zustand: CO₂ mineralisiert, wird zu festem Carbonat. Island speichert so bereits ein paar Tausend Tonnen. Die Inselnation hat

Kapazitäten für mehrere Millionen, spekuliert auf ein kleines Wirtschaftswunder. Das Geschäft wittern auch Dänemark, Grossbritannien, die Niederlande. Und Fossil-Multis, sie könnten die Löcher, aus denen Öl und Gas kamen, einfach wieder stopfen. Das Tolle daran: Es muss sich wenig ändern. Keine ungeliebten Windräder, keine Alpensolarplantagen, keine Fusionsreaktoren. Wir können fossil weiter verpulvern – neu gar ohne schlechtes Gewissen. Weniger toll: Wohin stopfen wir Hunderte Milliarden Tonnen? Ohne Erfahrung mit dieser Endlagerung? Vor allem: Es wird brutal teuer. CO₂ lässt sich nicht vom Himmel winken, man muss es binden, zum Beispiel an Aminlösungen, dann wieder freigeben. Geht nur mit Temperaturen über 100 Grad, braucht also enorm Energie. So kehrt der Kater doch zurück – nämlich als Kosten: Wir werden Energie künftig doppelt bezahlen, für die Produktion (wie bisher, schon heute immer teurer) – und neu für die Entsorgung der Emissionen. Da wäre es – rein ökonomisch – wohl doch schlauer, emissionsfreie Energie voranzutreiben.

Anzeige

Dein Weg zum beruflichen Erfolg!
» Informiere dich jetzt und starte im Frühling 2024

- » Fachfrau/Fachmann Unternehmensführung
- » KMU Leadership und Betriebswirtschaft NDS HF
- » Teamleiter/-in Gewerbe mit Zertifikat

SIU
KMU Unternehmerschule
www.siu.ch/kmu - 044 515 72 70

Denglisch im Büroalltag

Während viele Anglizismen die Halbwertszeit eines Hamburgers haben, sind einige besonders hartnäckig. Hier eine Auswahl aus der Bürowelt, die uns besonders auf die Nerven gehen könnte – wenn wir sie überhaupt noch bemerken würden:

- Brainstorming:** Wären wir nicht längst abgestumpft, wäre die logische Folgerung: Da müssen Psychopharmaka im Spiel sein. In der Kokainhochburg Zürich (je nach Branche) möglicherweise andere Substanzen.
- Task Force:** Der Begriff, der aus der US Navy stammt, um verschiedene artfremde Einheiten zusammenzuziehen, lässt einen erschauern: Da müssen Köpfe rollen.
- Networking:** Was früher der «lockere Austausch» war, ist jetzt ein epischer Kommunikationskampf, bei dem Visitenkarten und Elevator Pitches zusammen mit Canapékrümel durch die Luft fliegen. Dabei ist der Begriff tatsächlich unfreiwillig präzise: Wer im Netz eines Profis gefangen ist, muss sich erst wieder mühsam aus dem Monolog herausarbeiten.
- Meeting:** Oder wie wir es früher nannten, Besprechung. Jetzt klingt es so, als ob wir uns für einen geheimen Club anmelden müssen, um über die neuesten Pie-Charts zu plaudern.
- Low-Hanging Fruit:** Eine elegante Art zu sagen, dass wir die einfachen Dinge zuerst

DER WADENBEISSER



erledigen sollten. Aber falls wir überhaupt je Früchte essen (geschweige denn pflücken), bücken wir uns im Laden eher ungerne für Früchte – die Markenschoggi, Chips und Co. sind daher in den Regalen nicht tief, sondern mittig angesiedelt. Wenn wir schon das Bild des Pflückens strapazieren, dann bitte auf Deutsch – und mit hiesigen Produkten: Als da wären die Pendants «gut platzierte Produkte» oder in der Naturversion «Obst vom Niederstammbaum».

- Workflow:** Eine komplizierte Art zu sagen, wie Dinge getan werden. Allerdings wirkt «Vorgangsteuerung» oder «Arbeitsprozesssteuerung» auch nicht weniger technokratisch.
- Einladungsmanagement** (streng genommen nur ein halber Anglizismus): Wer will nicht

das Gästeelebnis optimieren? Aber weil es schliesslich unsere Party ist, laden wir nicht jeden ein: Das Rosinenpicken in der Kundenkartei ist hohe Kunst und hat so auch seinen eigenen Büro-Anglizismus verdient. Da sind dann die «Low Hanging Fruits» nicht erwünscht. Dazu gehören aber auch der Versand der Einladung, die Registrierung der Teilnehmer, die Verfolgung der Anwesenheit oder die Koordination des Caterings. Kaum erstaunlich: Dafür gibt es Tools und ganze Ratgeberbücher.

- Out of the Box Thinking:** Ah, die Box. Dieses mythische Gefängnis der Kreativität, aus dem wir alle ausbrechen sollen. Wir leben in Schachteln, Boxen und Räumen, denken folglich kubisch wie Picasso – oder zumindest in geometrischen Formen. Leider sind am Meeting, an dem der Spruch fällt, die meisten von uns noch nicht mal in der gemeinten mentalen Schachtel drin. «Agil sein» und «Scrum», «Upskilling und «Reskilling» gehören in den gleichen trendigen Forderungskatalog nach geistiger Flexibilität.
- Lunchen:** Klingt wahlweise nach falsch ausgesprochener Morddrohung («löntschen») oder nach einer friedlichen Unterbrechung für einen Happen. Aber in Wirklichkeit ist der hektische Sprint zum nächsten Fast-Food-Laden, Coop oder Migros gemeint, damit man rechtzeitig wieder am Schreibtisch ist.

Einfach. Nah. Valiant.

Gründen, Investieren, Nachfolgelösungen finden oder den Geschäftsalltag vereinfachen – Valiant bietet KMU ein umfassendes Angebot mit einfachen Lösungen und persönlicher Beratung auf Augenhöhe. Auch im Kanton Zürich.

Sieben Geschäftsstellen hat Valiant in den letzten drei Jahren im Kanton Zürich eröffnet: Altstetten, Bülach, Meilen, Oerlikon, Uster, Wädenswil und Winterthur. Die lila Bank – sie feiert dieses Jahr ihr 200-Jahr-Jubiläum – ist seit jeher nahe bei den Kundinnen und Kunden, menschlich und örtlich. Heute ist die Finanzdienstleisterin vom Genfersee bis an den Bodensee an 80 Standorten in 15 Kantonen vertreten.

Mitarbeitenden regional vernetzt und vernetzt sind.» Denn wer sich in der Lokalpolitik, in Ortsvereinen oder bei der Feuerwehr engagiere, verstehe die Anliegen von Leuten aus der Region.

Business-Banking einfach gemacht

Ein Beispiel gefällig? Mit Valiant Multibanking ist es für KMU ein Leichtes, den Überblick über ihre Liquidität zu behalten – unabhängig da-

Apropos: Ob eines, zwei oder bis zu fünf Konten – Valiant hat für jedes KMU die passende Set-Lösung. In allen drei Business-Sets sind das Führen der Konten in Schweizer Franken und Fremdwährungen, Abschlüsse und Buchungen inbegriffen.

Unterstützung für die Anliegen von Zürcher KMU gibts in jeder der sieben Geschäftsstellen im Kanton, telefonisch oder online. www.valiant.ch

« In allen drei Business-Sets sind das Führen der Konten in Schweizer Franken und Fremdwährungen, Abschlüsse und Buchungen inbegriffen. »

Regionale Verankerung ist wichtig

«Wir wollen da sein, wo unsere Kundinnen und Kunden leben und arbeiten», erklärt Christoph Baumann, Regionsleiter Zürich, zur Valiant Expansionsstrategie. «Darum ist es uns wichtig, dass unsere

Dank diesem Verständnis haben die Kundenberatenden schnell flexible Lösungen bereit, um das Finanzleben von Unternehmerinnen und Unternehmern zu vereinfachen. Die Kundinnen und Kunden sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.

von, wie viele verschiedene Währungen, Konten und Banken die Firma hat. Im Valiant E-Banking lassen sich Geschäftskonten mit wenigen Klicks verknüpfen und verwalten, auch bankübergreifend und mit nur einem Login. Mit einem Valiant Business-Set ist dieses Angebot sogar kostenlos.

Jetzt Termin vereinbaren: Scannen Sie den QR-Code: www.valiant.ch/terminvereinbarung



IMPRESSUM

Mitteilungsblatt für die Mitglieder des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich

Herausgeber

KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60

Redaktion

zuercherwirtschaft@kgv.ch
Telefon 043 288 33 66
Mitarbeiter: Anna Birkenmeider, Gerold Brüttsch-Prévôt, Ludwig Hasler, Barbara Rüttimann, Bruno Sauter, Marcel Vollenweider

Chefredaktor

Mark Gasser, Zürcher Wirtschaft
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60
mark.gasser@kgv.ch

Zürcher Wirtschaft

Total verbreitete Auflage: 26'943 Expl.
(WEMF), davon verkauft: 16'178 Expl.
Erscheinungsort: Zürich
Erscheinungsweise: 11 Mal pro Jahr
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet
Belegexemplare erbeten

Gestaltung/Produktion

Markus Zeller/Mark Gasser

Druck

CH Media Print AG

Anzeigenverwaltung

DaPa Media Vermarktungs GmbH
Wohlerstrasse 15, 5620 Bremgarten
056 648 86 99
zw@dapamarkt.ch

Annahmeschluss für Inserate

Jeweils zwei Wochen vor Erscheinung

Adressänderungen

Bitte direkt an den Herausgeber:
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
info@kgv.ch / www.kgv.ch
Bitte Nummer über Adressaufdruck angeben

TOP-ADRESSEN DIE GÜNSTIGSTE ART ZU WERBEN!

BUCHEN SIE UNTER: zw@dapamedia.ch

ABDECKPLATTEN/HÜLLEN/ZELTE

Blacho-Tex AG – 5607 Häggligen AG
Schutzhüllen + Seitenwände aller Art
Tel. 056 624 15 55 – www.blacho-tex.ch

ANZEIGENMARKETING u. MEDIEN

bachmann printservice gmbh
8604 Volketswil, Hölzliwisenstrasse 5
Telefon 044 796 14 44
info@bps.zuerich. www.bps.zuerich

BEKLEIDUNG UND WERBEARTIKEL

Jim Bob – Fohlochstr. 5A – 8460 Marthalen
Telefon 052 305 40 00
info@jimbob.ch – www.jimbob.ch

RUNDKIES/SAND/SPLITT

Philipp Aeberhardt Transporte
ph.aeberhardt@bluewin.ch
Telefon 079 673 03 41
Franko Baustelle geliefert

DACHDECKER/SPENGLER

Staudacher + Söhne AG/044 421 20 10
Dachreparaturen + Flachdachsanieierung
www.staudacher-soehne.ch

VORSORGEAUFTRAG

PFP Hefele & Partner AG Pfäffikon ZH
www.rechtzeitig.ch – Tel. 044 929 60 00

SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG

Tauben-Marderabwehr
www.ratex.ch – 044 241 33 33

TOP-ADRESSEN Preise:

Rubrikzeile gratis!
3 Zeilen 324.–
4 Zeilen 432.–
5 Zeilen 540.–
6 Zeilen 648.–
(max. 35 Zeichen je Zeile)



Rabatte/Zuschläge:

Titelseite (49 x 56 mm):
710.– Normalauflage
1770.– Grossauflage

Editorial-Seite (49 x 56 mm):
420.– Normalauflage
620.– Grossauflage

Platzierungszuschläge:

2. Umschlagsseite
Text-Platzierung: +20%

Beraterkommission: 10%

Aufkleber Titelseite:

(inkl. Werbewert, techn. Kosten, Porto)
Normalauflage 5950.–
Grossauflage 8400.–

Mengenrabatte:

3-mal 5% 11-mal 15%
6-mal 10% BK 10%

Inserateverkauf ab 1. Januar 2024



DaPa Media Vermarktungs GmbH
Wohlerstrasse 15
5620 Bremgarten
Tel. +41 56 648 86 99
zw@dapamarkt.ch
www.dapamarkt.ch

Fokus im Februar: Büroalltag, digitales Arbeiten, KI im KMU

Zürcher Wirtschaft

Highlights der nächsten Ausgabe:

Mitarb(AI)tergewinnung und W(AI)hnachtskarten dank maschinellem Lernen: ChatGPT setzt sich auch bei KMU durch.

Infrastruktur, Steuerpolitik und Stadtplanung: Die gewerbenahen Kantonsräte treffen sich zum Plenaranlass. Zwei Referenten vertiefen aktuelle Probleme.

Arbeitswelt der Zukunft: Interview mit Technologie-Unternehmer Pascal Kaufmann (Starmind International, Mindfire Foundation)

Redaktionsschluss:

1. Februar 2024

Anzeigenschluss:

2. Februar 2024

Inserate:



DaPa Media Vermarktungs GmbH
Tel. +41 56 648 86 99
zw@dapamarkt.ch
www.dapamarkt.ch



Statt Unternutzungsabzug endlich Eigenmietwert abschaffen

Der HEV Kanton Zürich hat die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative «Abschaffung Unternutzungsabzug infolge nicht genutzten Wohnraums im Steuergesetz» der GLP im Zürcher Kantonsrat am 27. November 2023 mit Irritation registriert.

Mit dem Unternutzungsabzug können Hauseigentümerinnen und -eigentümer, deren Familienverhältnisse sich ändern, beim Eigenmietwert einen kleinen Abzug vornehmen. Dies etwa dann, wenn die Kinder ausziehen oder wenn die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner verstorben ist und infolgedessen nicht mehr alle Wohnräume genutzt werden. Damit soll vermieden werden, dass ältere Wohneigentümer aufgrund der steuerlichen Belastungen durch den Eigenmietwert gezwungen sind, ihr Eigenheim zu verkaufen.

Die GLP, die sich an dieser Regelung stört, hat im Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht, mit dem gefordert wird, den Unternutzungsabzug abzuschaffen. Dass die Forderung im Kantonsrat vorläufig unterstützt wurde, ist für den HEV Kanton Zürich unverständlich.

Was daran liberal oder gar sozial sein soll, alleinstehende, verwitwete oder ältere Hauseigentümerinnen entweder aus ihren eigenen vier Wänden zu verdrängen oder sie mit einer Strafsteuer zu belegen, erschliesst sich dem HEV Kanton Zürich



Hans Egloff, Präsident
Hauseigentümerversband Kanton Zürich

nicht. Raumplanerische, ökologische und soziale Fragen auf Kosten von älteren Wohneigentümern zu lösen, ist sozialpolitisch fragwürdig.

Fragwürdiger Vorstoss

Die GLP fordert in ihrem Vorstoss, dass sich Hauseigentümer, die einen Unternutzungsabzug geltend machen, «aktiv um eine kleinere Wohneinheit» bemühen sollen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach und wollen sie stattdessen – was sozialpolitisch erwünscht ist – möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben, droht ihnen die GLP unverblümt mit einer Strafsteuer für unternutztes Wohneigentum.

Begründet wird der Vorstoss damit, dass mit der Abschaffung des Unternutzungsabzugs ein Beitrag gegen die Zersiedelung und die Reduktion von Grün- und Freiflächen in städtischen Gebieten geleistet werde. Auch sollen mit einer solchen Massnahme freie Räume für grössere Familien oder Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden.

Die vorläufige Unterstützung dieses Vorstosses ist umso stossender, als dass der Kanton Zürich in Reaktion auf ein Bundesgerichtsurteil vom August 2022 die Härtefallklausel beim Eigenmietwert gestrichen hat. Mit der Härtefallklausel gewährten die Steuerbehörden Hauseigentümern, bei denen der Eigenmietwert in einem Missverhältnis zu ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen stand, einen sogenannten Einschlag, einen Abzug auf den Eigenmietwert.

Eigenmietwert abschaffen

Der HEV Kanton Zürich lehnt diesen sozialpolitisch fragwürdigen, fiskalpolitisch illiberalen, eigentumsfeindlichen und altersdiskriminierenden Vorstoss der GLP denn auch dezidiert ab. Gleichzeitig ruft der Verband die Politik dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, endlich den Eigenmietwert abzuschaffen. Dieser belastet ältere Immobilienbesitzer, die ein Leben lang für ein Eigenheim gespart haben, oft stark. Indem der Eigenmietwert abgeschafft wird, wird im Übrigen auch der Unternutzungsabzug abgeschafft.

Des Teufels?

Die beiden Kammern des Bundesparlaments in Bern haben eine Gesetzesänderung verabschiedet, um der Verschleierung von Missbräuchen bei der Untermiete einen Riegel zu schieben. Das Recht des Mieters zur Untervermietung soll bestehen bleiben. Die Bedingungen der Untermiete sollen aber neu schriftlich festgehalten werden. Die geltenden Regeln sind zu schwammig und können einfach umgangen werden.

Der Mieterverband hat das Referendum gegen diese Vorlage zur Untermiete und zu einer weiteren Gesetzesänderung zur Geltendmachung des Eigenbedarfs eines neuen Eigentümers ergriffen. Beide Vorlagen haben äusserst bescheidene Auswirkungen auf wohl ganz wenige Mieter. Mein Eindruck ist, dass die Referenden vor allem dem Aufbau einer politischen Drohkulisse dienen. Das Parlament soll abgeschreckt werden, bereits überwiesene Initiativen zu den orts- und quartierüblichen Mietzinsen und zur Anfechtung der Anfangsmietzinsen umzusetzen.

Der Mieterverband nennt uns in seiner Kampagne wörtlich «die perfide Immo-Lobby» und wirbt mit dem Slogan: «Erst einfacher rauswerfen, dann Mieten erhöhen!» In der Bildsprache des Mieterverbandes sind wir der Teufel, der die Rechte der Mieter schwächt und das Geld aus überhöhten Mietzinsen einstreicht. Dagegen werden wir uns wehren müssen, denn nicht oder nur schlecht informierte Bürger könnten sich von dieser Kampagne verleiten lassen und die sinnvollen und gerechtfertigten Vorlagen ablehnen.

Zusammengefasst und richtiggestellt: Es geht keineswegs darum, Mieterrechte zu schmälern oder Mieter auszunehmen. Es geht vielmehr um die Schaffung klarer Regeln bei der Untervermietung und um den Schutz vor missbräuchlicher Untervermietung sowie um das Recht des Eigentümers, über seine neu erworbene Liegenschaft zu verfügen.

Weitere Informationen:
www.hev-zh.ch


HEV Kanton Zürich